

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

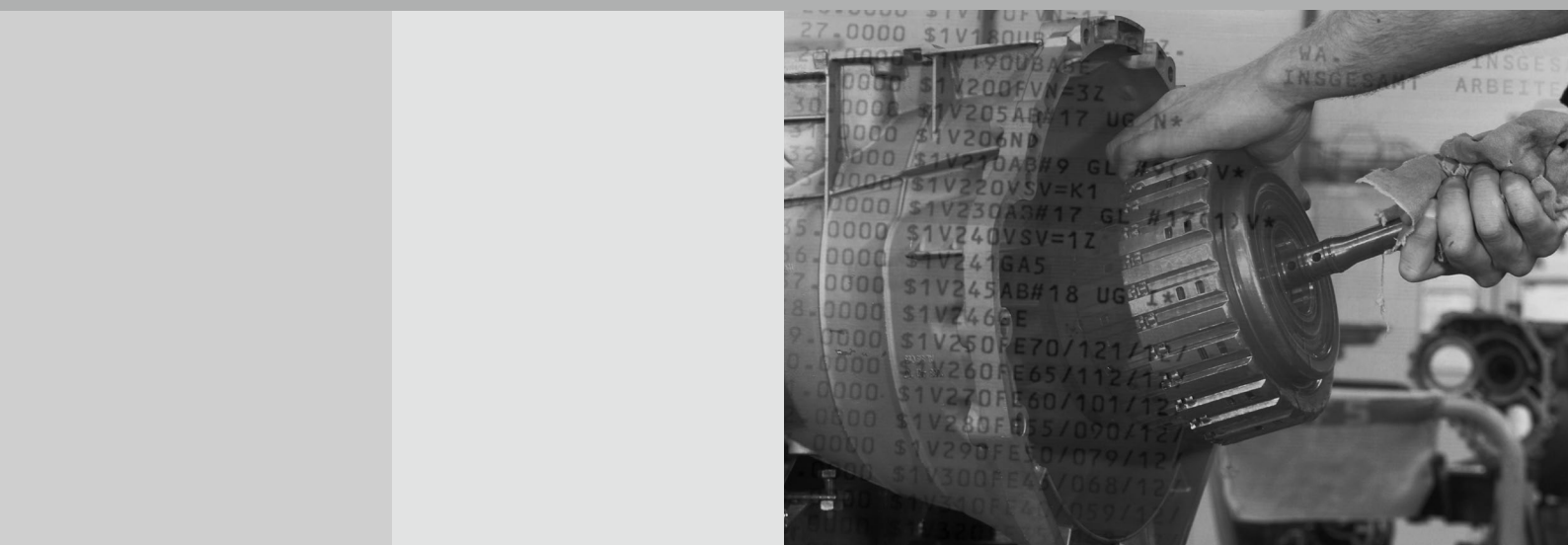


Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2025

– Ergebnisse der Revision 2024 –

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder



Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse

Ausgabe 2025

– Ergebnisse der Revision 2024 –

Herausgegeben von:

Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ im Auftrag der Statistischen Ämter der 16 Bundesländer, des Statistischen Bundesamtes und des Statistischen Amtes, Wirtschaft und Befragungen der Landeshauptstadt Stuttgart

Herstellung und Redaktion:

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Raiffeisenplatz 5

70736 Fellbach

Telefon: 0711/641-0

Fax: 0711/641-2440

E-Mail: poststelle@stala.bwl.de

Internet: www.statistik-bw.de

Erscheinungsfolge: jährlich

Erschienen im Dezember 2025

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Grundsätzlich wird angestrebt, die sprachliche Gleichbehandlung aller Geschlechter in Form von geschlechtergerechten Formulierungen umzusetzen. Für feststehende Fachbegriffe ohne gendergerechte, sinngetreue und zugleich lesefreundliche Alternative wird in dieser Veröffentlichung die Paarform verwendet, die jedoch ausdrücklich alle Geschlechter einschließt.

Preis: Kostenfrei unter www.statistikportal.de und www.vgrdl.de
als Druckexemplar 6 EUR (Schutzgebühr)

Weitere fachliche Informationen zu den VGR der Länder erhalten Sie auf der Homepage des Arbeitskreises unter www.vgrdl.de.

ISSN 1868-8101

Fotorechte (Cover):

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Fellbach, 2025
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet.

Vorwort

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um zentrale wirtschaftliche Indikatoren auch für die Länder sowie die kreisfreien Städte und Landkreise zu berechnen, wurde 1954 der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt für Wirtschaft und Befragungen der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertreter des Deutschen Städtetags an. Vorsitz und Federführung des AK VGRdL obliegen dem Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Mit dieser Veröffentlichung legt der Arbeitskreis erstmals detaillierte Ergebnisse der Revision 2024 vor.

Die Ergebnisse der regionalen VGR liefern für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wichtige Informationen über das Wirtschaftswachstum, die Einkommenssituation, den Konsum und die Investitionstätigkeit auf regionaler Ebene, sowohl im nationalen als auch europäischen Kontext.

Die gemeinschaftlich erstellte Broschüre soll ein Einstieg in die Länderrechnung sein und die komplexen Zusammenhänge der Volkswirtschaft in anschaulicher Weise darstellen. Im Mittelpunkt stehen neben der Darstellung der organisatorischen und methodischen Besonderheiten der regionalen VGR nähere Erläuterungen zu Bedeutung und Aussagegehalt der zentralen Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt, Verfügbares Einkommen und Konsum der privaten Haushalte sowie Bruttoanlageinvestitionen. Die grafischen Darstellungen aktueller Ergebnisse ermöglichen im regionalen Vergleich der Entwicklungen und Strukturen eine Positionsbestimmung der einzelnen Bundesländer. Tiefer gegliedertes Datenmaterial auf Länder- und Kreisebene bietet der AK VGRdL in Form von gezippten Excel-Dateien auf dem Statistikportal der Statistischen Ämter von Bund und Ländern unter www.vgrdl.de im kostenlosen Download an.

Ich würde mich freuen, wenn die Broschüre zur Diskussion gesamtwirtschaftlicher Fragestellungen in ihrer regionalen Tragweite anregt und das Interesse an differenzierterem Datenmaterial weckt. Rückfragen können jederzeit an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg sowie an jedes andere im Anschriftenverzeichnis aufgeführte Mitglied des AK VGRdL gerichtet werden. Für Anregungen, Hinweise und Verbesserungsvorschläge ist der Arbeitskreis dankbar.

Fellbach, im Dezember 2025

Vorsitzende des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen der Länder“

Dr. Anke Rigbers
Präsidentin des Statistischen Landesamtes
Baden-Württemberg

Vorwort	3
Zeichenerklärung	5
Heftmitte: Verwaltungsgliederung Deutschland 2025	
Information zu den Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder	6
Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	7
Rückblick	8
Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	10
Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland	11
Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	13
Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft	14
Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)	17
Bruttoinlandsprodukt	18
Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person (Arbeitsproduktivität) 2024 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	19
Bruttowertschöpfung	20
Bruttowertschöpfung 2024 nach Bundesländern (Karte)	21
Arbeitnehmerentgelt	22
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (Lohnkosten) 2024 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	23
Bruttoanlageinvestitionen	24
Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt (Investitionsquote) 2022 nach Bundesländern (Karte) ..	25
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	26
Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner 2023 gegenüber 1991 nach Bundesländern (Karte)	27
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte	28
Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte 2023 nach Bundesländern (Karte)	29
Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2025/2026 ..	30
Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“	33
Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008	35

Abkürzungsverzeichnis	36
Tabellenanhang	37
1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern	38
2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	40
3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern	42
4. Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) seit 1991 nach Bundesländern	44
5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern	46
6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern	48
7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern	50
8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	52
9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern	54
10. Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	56
11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern	58
12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern	60
13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	62
14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern	64

Zeichenerklärung

– = nichts vorhanden (genau Null) bzw. keine Veränderung eingetreten

0 = Zahl ungleich Null, jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle

. = Zahl unbekannt oder geheim zu halten

... = Angabe fällt später an

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Information zur Revision 2024 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder

Im Jahr 2024 wurde in Deutschland eine europaweit harmonisierte, umfassende Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), einschließlich der Erwerbstätigenrechnung (ETR), durchgeführt. Etwa alle fünf Jahre werden im Rahmen dieser sogenannten Generalrevisionen die VGR-Rechenwerke grundlegend überarbeitet, um neue Konzepte und Klassifikationen zu integrieren, Berechnungsmethoden zu aktualisieren und neue Datenquellen zu berücksichtigen. Ziel dieser Revisionen ist es, die Qualität und internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu verbessern.

Die revidierten VGR-Ergebnisse für Deutschland wurden am 27.08.2024 veröffentlicht. Die revisionsbedingten Anpassungen in den nationalen VGR wirken sich direkt auf die Ergebnisse der regionalen VGR aus, da diese gemäß den Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) zur Wahrung der Konsistenz stets an die Bundeswerte angepasst werden.

Weitere Informationen zur Generalrevision der VGR des Bundes finden Sie auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes¹.

In den regionalen VGR brachte die Generalrevision 2024 keine grundlegenden methodischen Änderungen mit sich. Die mit der Generalrevision 2014 eingeführten Konzepte des ESGV 2010 sind weiterhin gültig und werden voraussichtlich erst mit der nächsten Generalrevision (2029 oder 2030) überarbeitet.

Wichtige Neuerungen und Anpassungen in den regionalen VGR im Zuge der Generalrevision 2024 umfassten insbesondere:

- die Integration der neuen Strukturstatistik im Handels- und Dienstleistungsbereich (SHD), die vormals getrennte Statistiken im Handel, Gastgewerbe und Dienstleistungsbereich ersetzt,
- die Einbeziehung von Korrekturvorschlägen der Large Cases Unit (LCU), die zur Qualitätssicherung der VGR und ihrer zugrundeliegenden Wirtschaftsstatistiken die Erfassung der Wirtschaftsaktivitäten von multinationalen Unternehmensgruppen prüft,
- die erweiterte Nutzung des Statistischen Unternehmensregisters zur verbesserten Regionalisierung der Bruttowertschöpfung auf Länder- und Kreisebene,
- die Einbeziehung der Bruttolöhne und -gehälter aus Nebenerwerbstätigkeit sowie die Überarbeitung der Durchschnittsverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter/Angestellten,

- die Reklassifizierung des ÖPNV und des Schienennetzes zum Staatssektor.

Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, wurden die VGR-Aggregate für Deutschland und die Bundesländer zurück bis 1991 neu berechnet.

Erste, noch vorläufige Ergebnisse zur Revision 2024 der VGR auf Länderebene wurden mit der Halbjahresrechnung des BIP 2024 am 24. September 2024 vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ veröffentlicht. Berechnet wurde das Wirtschaftswachstum der Länder für das erste Halbjahr 2024 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Am 28. März 2025 folgten die überarbeiteten Länderergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. zur Bruttowertschöpfung (BWS) sowie zum Arbeitnehmerentgelt (ANE) und zu den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG) für den gesamten Berichtszeitraum ab 1991.

Die Revision 2024 führte zu vergleichsweise deutlichen Anpassungen des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das nominale BIP wurde für Deutschland in allen Berichtsjahren ab 1991 nach oben revidiert. Die Auswirkungen der Revision variierten jedoch zwischen den Bundesländern. Für das Berichtsjahr 2021 ergab sich beispielsweise für Deutschland insgesamt eine Anhebung des nominalen BIP um 1,6 % gegenüber dem bisherigen Berechnungsstand. In den Ländern reichten die Revisionseffekte für das nominale BIP 2021 von –0,3 % bis +3,2 %.

Im Rahmen der Generalrevision 2024 wurden auch die Berechnungen der regionalen Erwerbstätigenrechnung (ETR) überarbeitet, deren Ergebnisse als wichtige Bezugsgrößen in den regionalen VGR dienen. Weitere Informationen zu den Änderungen in der regionalen ETR finden Sie auf der Internetseite des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR)².

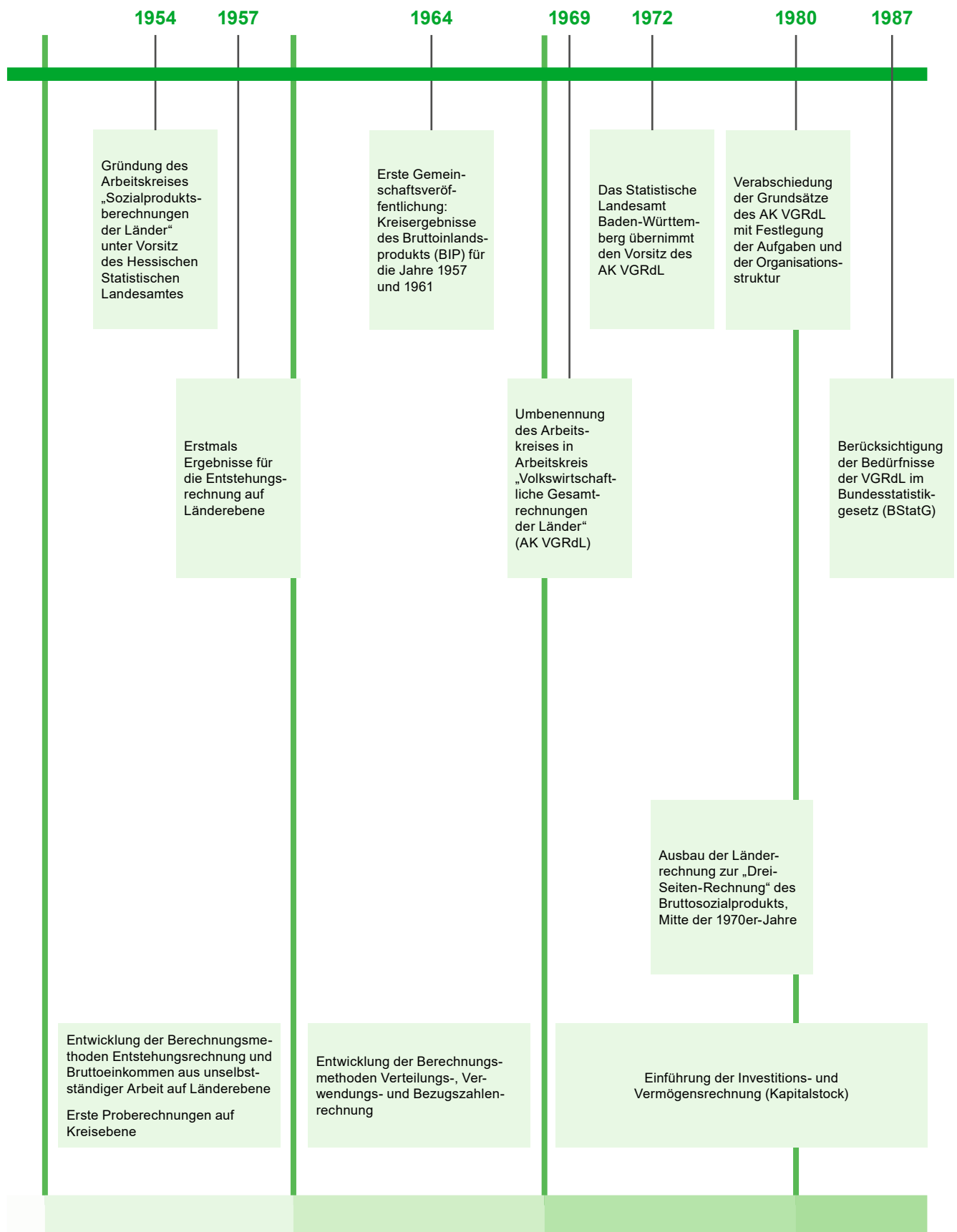
¹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Methoden/revisionen.html?nn=214136>

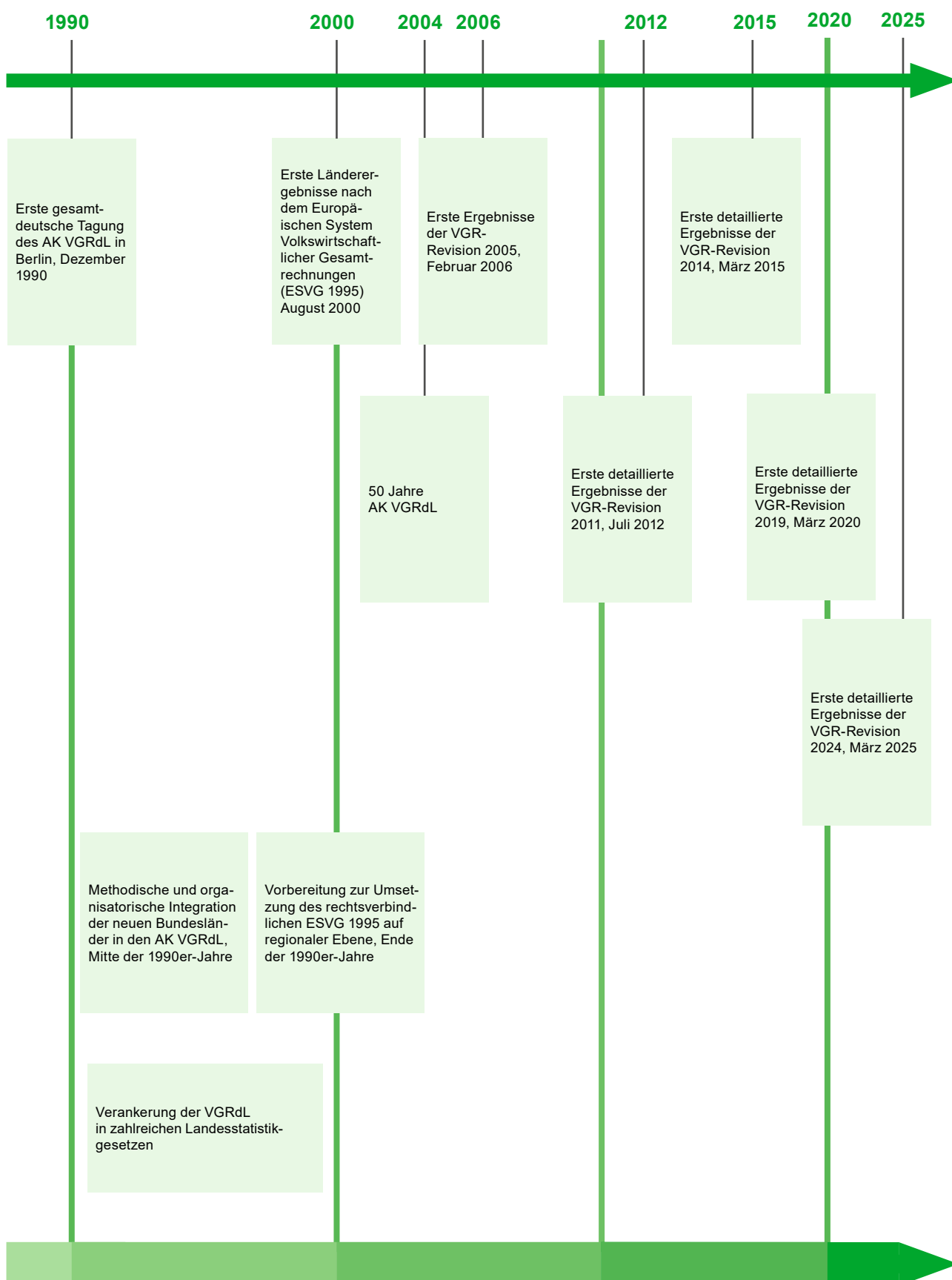
² <https://www.statistikportal.de/de/etr/generalrevision-2024>

Aufgabenverteilung im Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Land	Koordinierungsaufgaben	WZ 2008
Baden-Württemberg	Federführung BWS Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Anlagevermögen, Abschreibungen Maschinelle Aufbereitung sämtlicher VGR-Daten Methodendokumentation Gemeinschaftsveröffentlichungen	A A – T
Bayern	Fortschreibungen Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bruttowertschöpfung (BWS) Sekundäre Einkommensverteilung	A – T
Berlin und Brandenburg	Arbeitnehmerentgelt (ANE, Inlandskonzept) BWS Häusliche Dienste Restposten	A – T (ohne O) T
Bremen	BWS Verkehr und Lagerei BWS Information und Kommunikation	H J
Hessen	Subventionen BWS Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	A – T K
Mecklenburg-Vorpommern	Primäre Einkommensverteilung	
Niedersachsen	Sonderauswertung aus dem Unternehmensregister der statistischen Ämter des Bundes und der Länder	
Nordrhein-Westfalen	Bruttoanlageinvestitionen BWS Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden BWS Verarbeitendes Gewerbe BWS Energieversorgung BWS Wasserversorgung; Entsorgung u. Ä.	A – T B C D E
Rheinland-Pfalz	BWS Baugewerbe BWS Grundstücks- und Wohnungswesen	F L
Saarland	Produktions- und Importabgaben	A – T
Sachsen	BWS Gastgewerbe BWS Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen BWS Sonstige Unternehmensdienstleistungen BWS Erziehung und Unterricht BWS Gesundheits- und Sozialwesen	I M N P Q
Sachsen-Anhalt	Konsumausgaben der privaten Haushalte	
Hamburg und Schleswig-Holstein	BWS Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen BWS, ANE Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung Konsumausgaben des Staates	G O
Thüringen	BWS Kunst, Unterhaltung und Erholung BWS Sonstige Dienstleistungen anderweitig nicht genannt Bezugszahlen: Bevölkerung	R S

Rückblick





Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Stimmberechtigte Mitglieder: Die Statistischen Ämter der Länder



Baden-Württemberg



Bayern



Berlin

und



Brandenburg



Bremen



Hamburg

und



Schleswig-Holstein



Hessen



Mecklenburg-Vorpommern



Niedersachsen



Nordrhein-Westfalen



Rheinland-Pfalz



Saarland



Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen

Weitere Mitglieder:



Statistisches Bundesamt

Gast:



**Europäische Kommission
Eurostat**

Statistisches Amt der Europäischen Union



vertreten durch: Landeshauptstadt Stuttgart –
Statistisches Amt, Wirtschaft
und Befragungen

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Deutschland

Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die regionalen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Länder und Kreise der Bundesrepublik Deutschland werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (AK VGRdL) erstellt. In diesem Arbeitskreis sind alle Statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. In beratender Funktion sind das Statistische Bundesamt und das Statistische Amt, Wirtschaft und Befragungen der Landeshauptstadt Stuttgart als Vertretung des Deutschen Städtetages ständige Mitglieder sowie als Gast das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat). Das federführende Statistische Landesamt Baden-Württemberg vertritt den Arbeitskreis nach außen.

Aufgaben und Ziele

Der AK VGRdL hat die Aufgabe, die Aggregate der regionalen VGR nach den konzeptionellen Grundlagen, Methoden und Regeln des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 (ESVG 2010) zu berechnen, zu veröffentlichen und die fristgerechte Lieferverpflichtung von Regionalergebnissen an Eurostat zu erfüllen.

Die Durchführung der regionalen VGR nach den Grundsätzen und konzeptionellen Grundlagen des ESGV sichert die Vergleichbarkeit der Ergebnisse auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Regionalergebnisse in Deutschland sind immer auf die nationalen Ergebnisse abgestimmt. Die regionalen VGR liefern Ergebnisse für Bundesländer und alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland.

Regionale Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

In den regionalen VGR in Deutschland steht die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Mittelpunkt. Anders als in den nationalen VGR kann aufgrund von Einschränkungen und Lücken der statistischen Basis und damit der Möglichkeiten zur Regionalisierung von Aggregaten der VGR in den Regionalrechnungen kein vollständiger Wirtschaftskreislauf und kein geschlossenes Kontensystem sowie kein Nachweis für alle Sektoren der Volkswirtschaft erstellt werden. Somit konzentrieren sich die regionalen VGR in Umfang und Gliederungstiefe auf einen für Regionen signifikanten Kern von Aggregaten.

Wichtige Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsaggregate, die im Rahmen der regionalen VGR dargestellt werden, enthält die Grafik auf Seite 13.

Berechnungsmethoden

Die Größen der regionalen VGR in Deutschland werden ausgehend von den Ergebnissen der nationalen VGR berechnet. Damit unterscheiden sich die VGR grundsätzlich von der Erhebung einzelner Tatbestände in den Fachstatistiken. Hier werden die Ergebnisse in der Regel von der kleinsten regionalen Ebene zur nächst höheren Ebene zusammengeführt. In den regionalen VGR verläuft die Berechnung genau umgekehrt. Das bedeutet, dass zuerst vom Statistischen Bundesamt ermittelte nationale Ergebnisse für Deutschland vorliegen, die im Anschluss zunächst auf die Bundesländer aufgeteilt werden. Die Länderergebnisse bilden wiederum die Ausgangswerte für die weitere regionale Verteilung auf die Kreise.

Regionalisierungsverfahren

Zur Regionalisierung sieht das ESGV 2010 zwei Methoden vor, die Bottom-Up-Methode und die Top-Down-Methode. Die Wahl der Methode ist abhängig von der Verfügbarkeit regionalspezifischer statistischer Ausgangsgrößen.

Bei der Bottom-Up-Methode werden die vorliegenden regionalspezifischen Basisstatistiken zur Berechnung herangezogen und sozusagen „von unten nach oben“ zusammengeführt. Dabei ergibt die Summe der so berechneten regionalen Ergebnisse zunächst einen Wert, dessen Abweichung vom nationalen Ergebnis noch über Koordinierung proportional auf die regionalen Ausgangswerte aufgeteilt wird.

Bei der Top-Down-Methode wird genau andersherum vorgegangen. Die nationalen Gesamtgrößen werden in Ermangelung regionalspezifischer Ausgangsgrößen auf die einzelnen Regionen verteilt. Die Verteilung erfolgt anhand von Schlüsselgrößen, die in möglichst engem Zusammenhang zu den zu berechnenden Aggregaten stehen und sie so genau wie möglich widerspiegeln. Im Ergebnis bildet bei jeder Methode die Summe der regionalen Werte das nationale Ergebnis.

Berechnungszeiträume

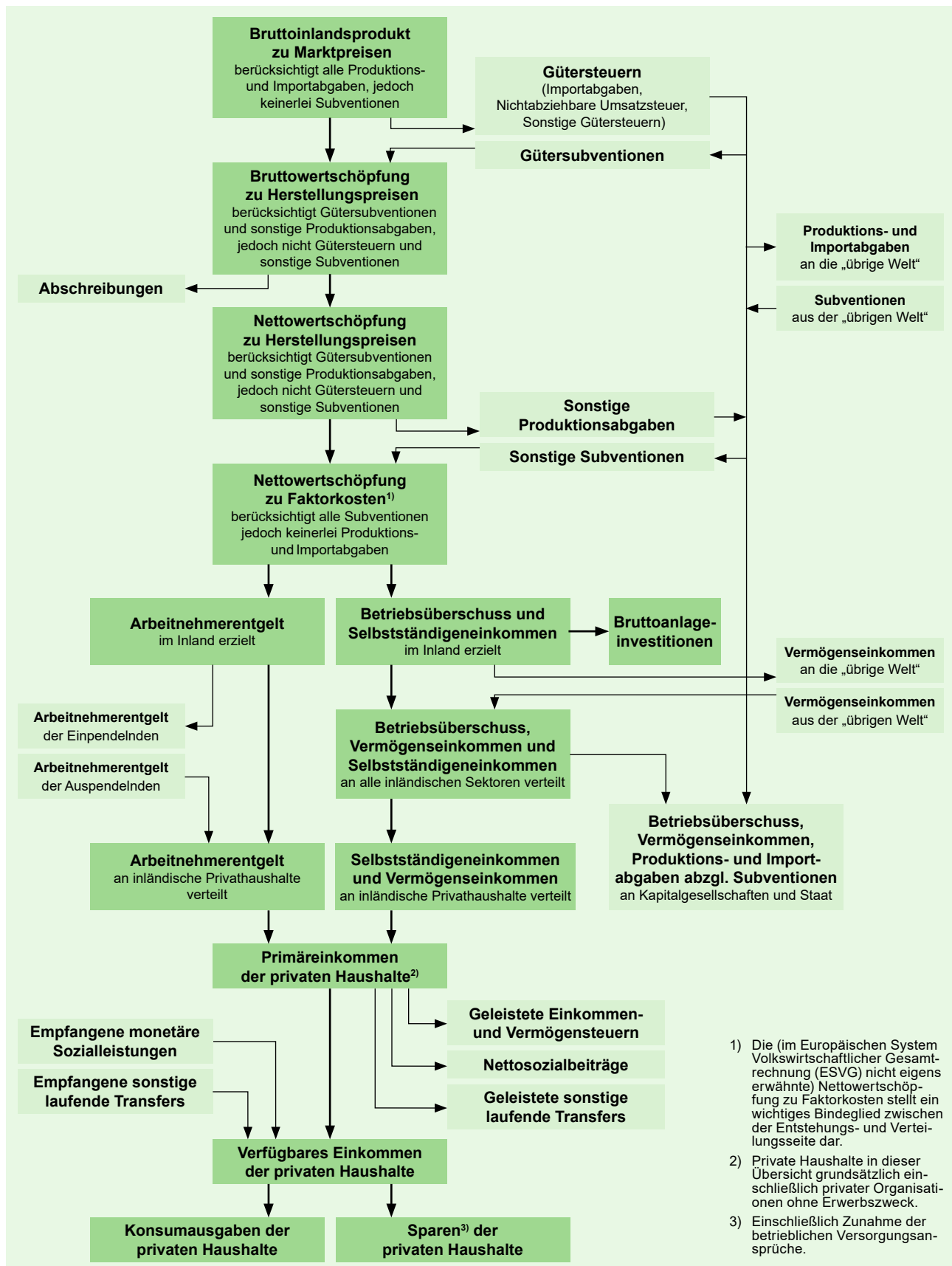
Für eine zeitnahe Ergebniserstellung finden in den VGR vielfach Fortschreibungsverfahren Verwendung, da eine Vielzahl statistischer Ausgangsgrößen aus Datenquellen stammt, die nicht unmittelbar nach Ablauf eines Berichtszeitraums vorliegen, sondern erst später sukzessive zur Verfügung stehen. Bei diesen Verfahren werden die vorliegenden Werte von VGR-Aggregaten mittels geeigneter Indikatoren, die die Entwicklung des jeweiligen Aggregats ähnlich genau widerspiegeln, fortgeschrieben. Diese Me-

thode wird vor allem bei der Berechnung des BIP und des Arbeitnehmerentgelts angewendet, an deren zeitnahen Ergebnissen ein sehr starkes Interesse von Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit besteht.

Die VGR-Aggregate werden – sobald weitere, vollständigere und präzisere Datenquellen vorliegen – in mehreren Schritten neu berechnet, zuletzt in sogenannten Originärberechnungen.

Zusätzlich zu den turnusmäßigen Überarbeitungen aufgrund der Vervollständigung der Ausgangsinformationen in den laufenden Berechnungen werden sogenannte große Revisionen in der Regel in fünfjährigem Abstand – zuletzt 2024 – durchgeführt. Sie dienen dazu, einen mittel- bis langfristig auftretenden Korrekturbedarf umzusetzen, neue Konzepte und gegebenenfalls neue Klassifikationen einzuführen, methodische Verbesserungen zu realisieren sowie neue Datenquellen und Ergebnisse von Großzählungen einzubeziehen.

Schematische Darstellung der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Die Bedeutung der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft

Die regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) verfolgen die Aufgabe, ein möglichst vollständiges quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Ablaufs und der damit verbundenen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vorgänge in der Volkswirtschaft einer Region für eine abgelaufene Periode zu geben. Dabei gilt es, die Zusammenhänge in einem Wirtschaftskreislauf zu verdeutlichen. In den VGR finden im Wesentlichen die Produktion, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie die damit einhergehende oder auch daraus resultierende Entstehung, Verteilung und Verwendung von Einkommen ihren Niederschlag.

Entstehungsrechnung

Die Berechnung der Entstehungsseite – auch Entstehungsrechnung genannt – umfasst alle Transaktionen im Zusammenhang mit der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Zentrale Größen der Entstehungsrechnung sind das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS). Die BWS ist eine Kennzahl der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftsbereiche. Werden die Ergebnisse der einzelnen Wirtschaftsbereiche zusammengeführt, die Gütersteuern addiert und die Gütersubventionen abgezogen, erhält man das BIP. Die preisbereinigte Veränderung des BIP gegenüber dem Vorjahr bzw. einem Vergleichsjahr beschreibt das Wirtschaftswachstum bzw. die Wirtschaftsentwicklung.

Ergebnisse der regionalen VGR bestimmen auf europäischer Ebene maßgeblich die Verteilung der finanziellen Mittel aus den EU-Strukturfonds. So ist das BIP je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) auf der Ebene „NUTS 2“ (entspricht in Deutschland in der Regel der Ebene Regierungsbezirk) von sehr hoher Bedeutung, da es unter anderem das Kriterium für den Anspruch auf Fördermittel für die sogenannten Ziel-1- bzw. Ziel-„Konvergenz“-Gebiete (das heißt Regionen mit Entwicklungsrückstand) ist. Das BIP stellt ferner eine wichtige Bezugsgröße der EU-Strukturindikatoren dar. Dies betrifft z. B.:

- Arbeitsproduktivität der Erwerbstätigen bzw. auf der Grundlage der Arbeitsvolumina (BIP je erwerbstätige Person (ET) bzw. je geleistete Arbeitsstunde der ET),
- Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des BIP,
- Informations- und Kommunikationstechnologieausgaben in Prozent des BIP.

Datennutzende im Inland sind vor allem Ministerien und Verwaltungen, Kammern und Verbände, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, Banken und andere Unternehmen sowie Medien und Privatpersonen. So werden die Informationen zum Wirtschaftswachstum von großen Ratingagenturen zur Einschätzung der Kreditfähigkeit von Ländern im Rahmen ihrer Länderrankings mit herangezogen. In diesem Zusammenhang wird auch die Entwicklung

der Arbeitsproduktivität mit betrachtet. Ferner ist das BIP bzw. die BWS (in jeweiligen Preisen) je ET oder je geleistete Erwerbstätigenstunde ein wichtiger Indikator, an den private Investoren unter anderem ihre Standortentscheidungen knüpfen, die wiederum Arbeitsplätze, die regionale Wirtschaftsleistung und die jeweiligen Steuereinnahmen beeinflussen. Anhand dieser Größen lassen sich zudem vergleichbare Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland treffen.

Auf der Basis von Kreisergebnissen zur BWS kann die Ausgewogenheit der Wirtschaftsstruktur von Regionen eingeschätzt und bei Defiziten die Ansiedlung von Unternehmen gefördert werden. Weitere regionale Förderentscheidungen orientieren sich ebenfalls am BIP je ET der Regionen. Gleichzeitig dient es als Indikator zur Überprüfung des Einflusses regionaler Förderprogramme oder besonderer Förderpräferenzen z. B. bei Gebieten mit besonderen Entwicklungsaufgaben (GmbE).

Auf regionale Ergebnisse zum BIP und zur BWS stützten sich in der Vergangenheit auch geldpolitische Entscheidungen des Zentralbankrates der Bundesbank im Rahmen der Konjunktur- und Strukturanalysen. Gleichzeitig stellen diese Regionalergebnisse Ausgangsgrößen für die Konjunkturprognosen von Wirtschaftsforschungsinstituten dar.

Einkommensentstehungsrechnung

Die Einkommensentstehungsrechnung ist ein anderer Bestandteil der regionalen VGR und wird formal der Verteilungsrechnung zugeordnet. Ihre zentralen Größen sind das nach Wirtschaftsbereichen berechnete Arbeitnehmerentgelt (ANE) sowie der Betriebsüberschuss bzw. das Selbstständigeinkommen. Beide Einkommensgrößen zeigen, wie sich die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen auf die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital verteilt. Die Einkommensentstehungsrechnung ist damit elementare Rechengrundlage für die eigentliche Verteilungsrechnung.

Unter den regionalen Ergebnissen kommt den Bruttolöhnen und -gehältern (BLG), die Bestandteil des ANE sind, im Rahmen der Ermittlung der Rentenanpassung eine sehr hohe Bedeutung zu.

Aus den Kreisergebnissen zum ANE werden ergänzende Informationen zur regionalen Wirtschaftsstruktur gewonnen und bei strukturpolitischen Förderentscheidungen zur Unternehmensansiedlung mit herangezogen. Die regionalen Lohnkosten (ANE je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (AN) bzw. je geleistete Arbeitsstunde der AN) sind unter anderem ein wichtiger Indikator für Standortentscheidungen privater Investoren. Mithilfe der Lohnkosten können weitere Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland getroffen werden. Sie fließen zudem in die Lohnstückkosten

(Lohnkosten/Arbeitsproduktivität [BIP bzw. BWS {in jeweiligen Preisen} je ET bzw. je geleistete Arbeitsstunde der ET]) ein, auf die bei Betrachtungen der Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität von Regionen und/oder Wirtschaftsbe-
reichen ebenfalls häufig zurückgegriffen wird.

Verteilungsrechnung

Die Verteilungsrechnung ist ein weiteres Teilgebiet der regionalen VGR und knüpft an die Ergebnisse der Einkommensentstehungsrechnung an. Sie weist die primäre und sekundäre Verteilung der im volkswirtschaftlichen Produktionsprozess entstandenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus. Gleichzeitig werden die Einkommensströme von und an die übrige Welt berücksichtigt. Neben dem Bruttonationaleinkommen sind das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen wichtige Größen der Verteilungsrechnung.

Ein Vergleich der regionalen Ergebnisse des Primäreinkommens mit denen zur BWS liefert Aussagen darüber, inwiefern die im laufenden Produktionsprozess entstandene Wertschöpfung als Einkommen in den jeweiligen Regionen verbleibt. Auf der Grundlage der regionalen Primäreinkommensergebnisse kann die Ausgewogenheit der regionalen Einkommensstruktur eingeschätzt und durch die Ergebnisse zum verfügbaren Einkommen die sozialpolitisch motivierte Korrektur durch das Umverteilungssystem betrachtet werden.

Insbesondere das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liefert detaillierte Informationen über die materielle Lage privater Haushalte in den einzelnen Regionen (Länder- und Kreisebene). Die Ergebnisse zum verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen gewähren z. B. Aussagen zum Prozess der Angleichung Ost- an Westdeutschland. Mittelbar lassen sich aus dem Niveau und der Entwicklung des verfügbaren Einkommens Aussagen über die Kaufkraft der privaten Haushalte ableiten, wobei die Preisentwicklung noch unberücksichtigt bleibt. An die nominale Kaufkraft knüpfen z. B. die Vertreterinnen und Vertreter des Einzelhandels, des Freizeit-, Sport- und Unterhaltungsgewerbes, der Kredit- und Versicherungswirtschaft, Handwerkerinnen und Handwerker, Vermieterinnen und Vermieter sowie Konsumgüterproduzierende ihre Geschäftserwartungen. Sie können dabei ihre Werbeplanung und das Direktmarketing, ihre Vertriebsplanung, die Einteilung marktgerechter Verkaufsgebiete, ihre Verkaufsplanung und Verkaufskontrolle sowie Standortforschung an den regionalen Ergebnissen zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausrichten.

Verwendungsrechnung

Die Verwendungsrechnung als weiterer Baustein der regionalen VGR weist die letzte inländische Verwendung sowie die Ein- und Ausfuhr der produzierten Sachgüter und Dienstleistungen nach. Ihre zentralen Größen sind die

Bruttoanlageinvestitionen, die privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates und der Restposten, in denen die Vorratsveränderungen, die Nettozugänge an Wertsachen sowie der Außenbeitrag einfließen. Die Summe der Verwendungsaggregate ergibt das BIP.

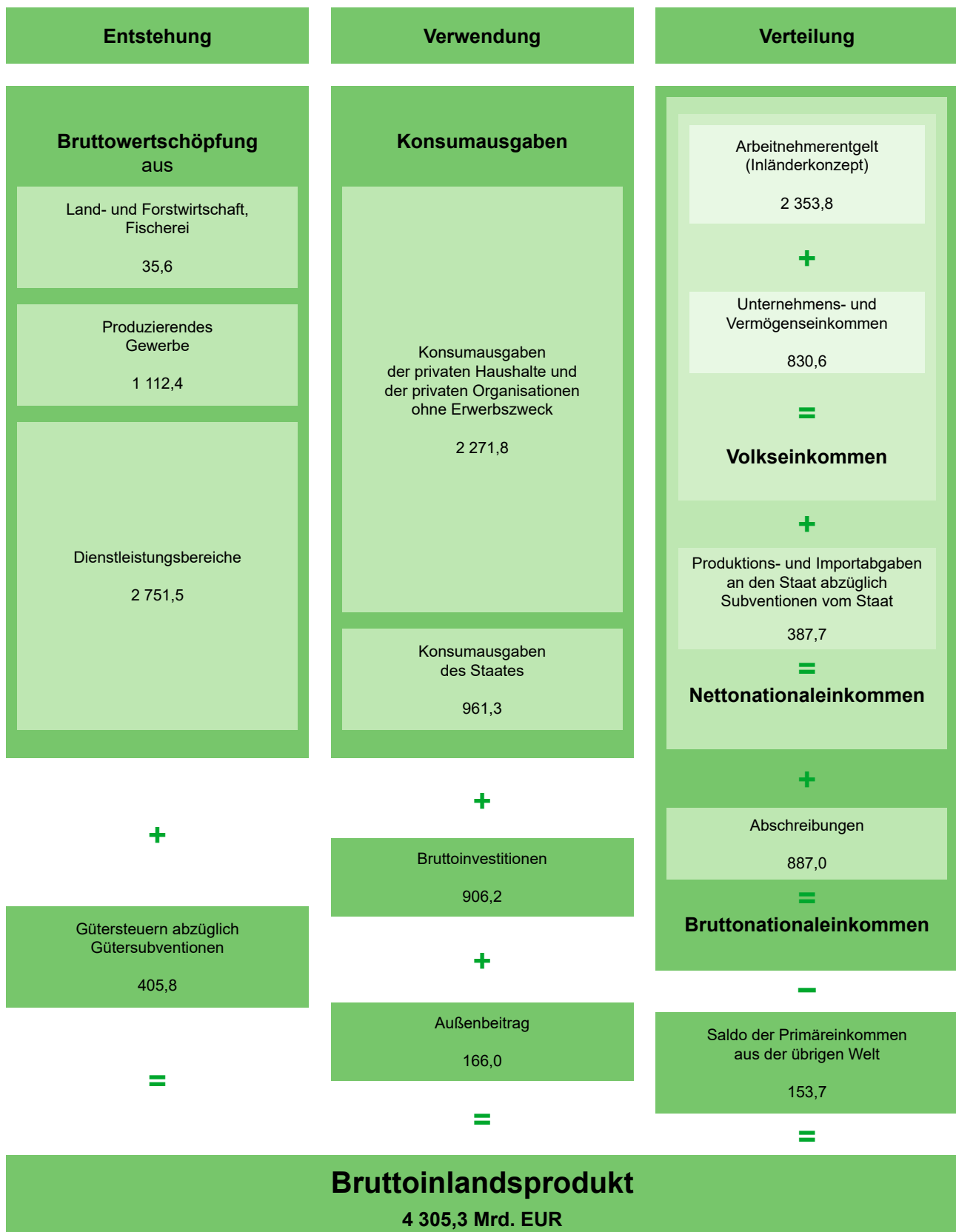
Aus den regionalen Ergebnissen der Bruttoanlageinvestitionen können Informationen über die Finanzmittel gewonnen werden, welche in die einzelnen Regionen bzw. Wirtschaftsbereiche geflossen sind. Sie sichern bzw. führen zu neuen Arbeitsplätzen in den einzelnen Ländern. An die Bruttoanlageinvestitionen knüpfen sich regionale bzw. sektorale Wachstumserwartungen. Sie können weitere Investitionen nach sich ziehen. Allgemein schlagen sich Investitionen in einer steigenden Investitionsquote (jetzt: Anteil der Bruttoanlageinvestitionen [in jeweiligen Preisen] am BIP in jeweiligen Preisen) nieder. Da sich regional getätigte Bruttoanlageinvestitionen mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung wachstumssteigernd auf das BIP auswirken, verringert sich in der Folgezeit die Investitionsquote wieder.

Die privaten Konsumausgaben umfassen die Waren- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke. Aus der regionalen Verteilung der privaten Konsumausgaben auf Länderebene ziehen die Vertreter aus Wirtschaft und insbesondere des Handels wichtige Informationen über das Kaufverhalten in einzelnen Regionen und deren Entwicklung in der Zeit. Niedrige private Konsumausgaben (meist in ländlichen Gebieten) können indes auch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Erschließung der Infrastruktur veranlassen.

Die Konsumausgaben des Staates enthalten vom Staat selbst produzierte Güter und Dienstleistungen (jedoch ohne selbst erstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die als soziale Sachtransfers den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden. Besonders die staatlichen Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen sind für die Binnenkonjunktur der Länder von Bedeutung. Demgegenüber werden rückläufige Konsumausgaben des Staates zur Reduzierung der Staatsausgaben und -verschuldung gefordert.

Eine weitere Komponente der Verwendungsrechnung ist der Außenbeitrag. Allerdings lässt sich im System der VGR dieser Saldo zwischen den Ex- und Importen nur auf der nationalen, nicht aber auf der regionalen Ebene ermitteln. Die Darstellung des Außenbeitrags in der Regionalrechnung würde erfordern, dass auch die Waren- und Dienstleistungsströme zwischen den einzelnen Ländern in Deutschland bekannt sind. Dazu liegen jedoch keine Informationen vor. Insofern sind die VGR der Länder ein offenes Kreislaufrsystem. Der Außenbeitrag ist in der Länderrechnung im Restposten enthalten.

Bruttoinlandsprodukt 2024 für Deutschland in Mrd. EUR (in jeweiligen Preisen)



Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Bruttoinlandsprodukt

Bei der Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) wird zunächst die Wertschöpfung zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche aufaddiert. Anschließend wird der Saldo aus Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen hinzugezählt. Durch die Berücksichtigung dieses Saldos ergibt sich das Marktpreiskonzept, das für die Bewertung des BIP heranzuziehen ist. Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010, das rechtsverbindlich die Methodik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) aller EU-Mitgliedstaaten vorgibt, empfiehlt für die regionalen VGR eine Pauschalverteilung dieses Saldos. „Pauschal“ bedeutet, dass der von der nationalen VGR für Deutschland insgesamt ermittelte Saldo – unabhängig von den tatsächlich örtlich entstandenen Gütersteuern und -subventionen – proportional im Verhältnis zur regionalen Bruttowertschöpfung (BWS) auf die Länder verteilt wird. Gütersteuern sind alle Steuern, die pro Einheit einer produzierten oder gehandelten Ware oder Dienstleistung zu entrichten sind, wie z. B. die Mehrwertsteuer, Importabgaben, die Tabak- und Versicherungssteuer. Gütersubventionen sind ebenfalls solche Subventionen, die pro Einheit einer produzierten oder importierten Ware oder Dienstleistung geleistet werden, wie z. B. Importsubventionen. Nach dem neuen ESVG 2010 werden – als quantitativ bedeutendste Änderung – die Leistungen für Forschung und Entwicklung (FuE) als Investitionen verbucht.

Das BIP kann in jeweiligen Preisen (nominal) oder preisbereinigt und somit frei von Preiseinflüssen dargestellt werden. Bei der Bewertung der Waren und Dienstleistungen in jeweiligen Preisen werden die Preise des jeweiligen Berichtsjahres, bei der Bewertung zu Vorjahrespreisen hingegen die Preise des jeweiligen Vorjahres zugrunde gelegt (Vorjahrespreisbasis). So wird das preisbereinigte BIP für 2024 in Preisen des Jahres 2023, bzw. für 2023 in Preisen des Jahres 2022 abgebildet. Dies hat den Vorteil, dass immer die aktuellen Preis- und Güterrelationen berücksichtigt werden. Durch Verkettung (chain-linking)

Definition des Bruttoinlandsprodukts

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen. Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

+ Gütersteuern

– Gütersubventionen

= Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen

der Einzelergebnisse (zu Vorjahrespreisen) werden langfristige Vergleiche der preisbereinigten Werte möglich, wie beispielsweise des preisbereinigten BIP als Vergleichsgröße, um die Entwicklung der mengenmäßigen Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft bewerten zu können.

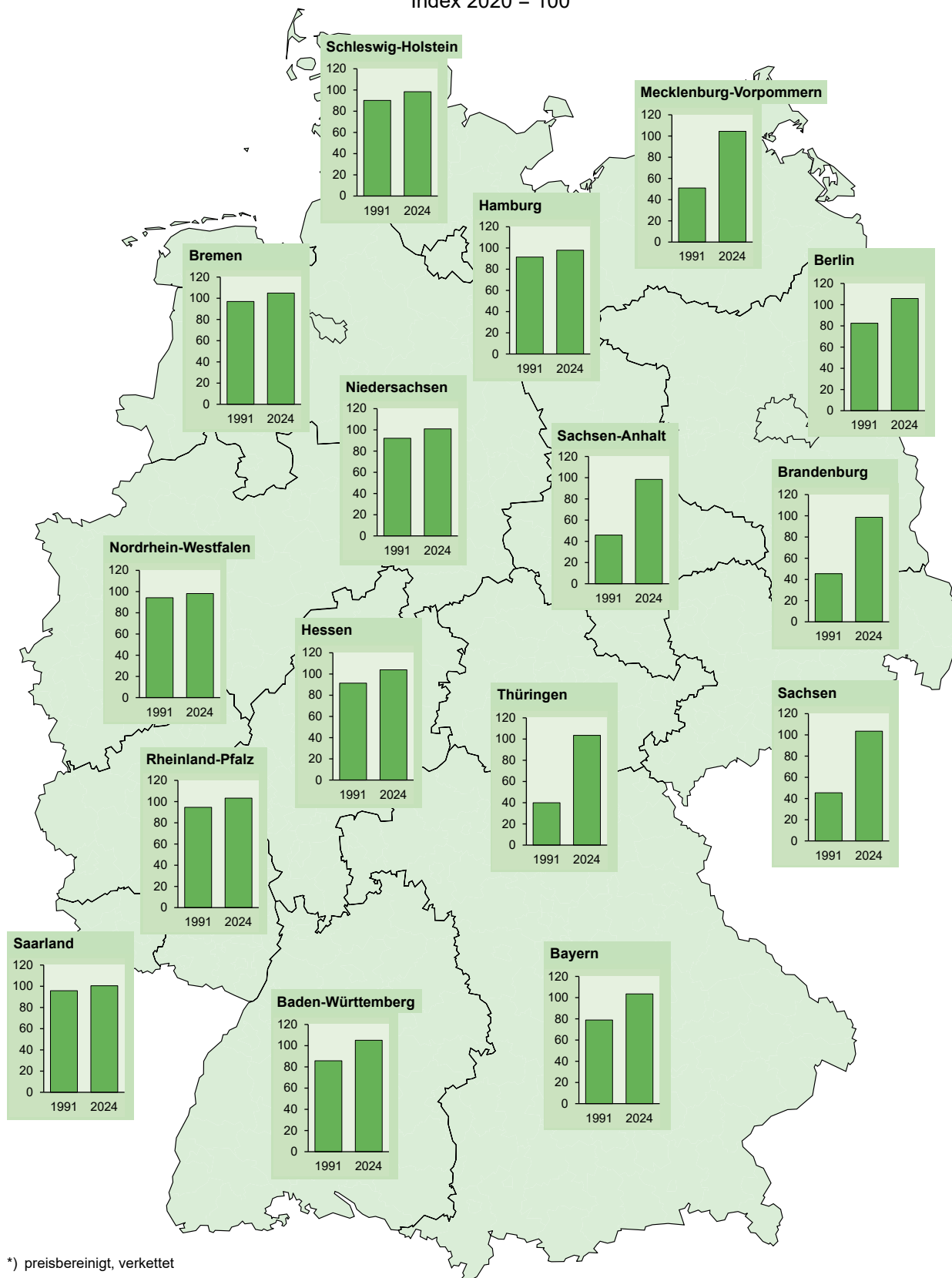
Das BIP ist der zentrale Indikator für Wachstum und Konjunktur. Unter Wirtschaftswachstum wird gemeinhin die Veränderung des preisbereinigten BIP zum Vorjahr verstanden. Beim strukturellen Vergleich einzelner Regionen oder Wirtschaftsbereiche untereinander werden dagegen generell nominale Größen verwendet.

Das BIP bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen (ET) gibt Auskunft über die Arbeitsproduktivität. Im Hinblick auf die immer mehr an Bedeutung gewinnende Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung ist jedoch der Bezug auf das Arbeitsvolumen, das heißt auf die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller ET, das zutreffendere Produktivitätsmaß. Wirtschaftsbereiche bzw. Regionen mit einem höheren Anteil an Teilzeitbeschäftigten werden bei einem Bezug ihrer Wirtschaftsleistung auf die Zahl der ET unproduktiver dargestellt als sie in Wirklichkeit sind. Der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“, dem unter anderem die Berechnung der regionalen Erwerbstätigkeit obliegt, berechnet zusätzlich das „Arbeitsvolumen“ nach Wirtschaftsbereichen. Somit kann die aussagefähigere Produktivitätskennziffer BIP je Arbeitsstunde ermittelt werden. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, dass das BIP nicht ausschließlich durch den Faktor Arbeit geprägt ist, sondern als Gesamtergebnis wirtschaftlicher Aktivitäten zustande kommt. Die Höhe der wirtschaftlichen Leistung ist ebenso bestimmt von der Ausstattung mit Maschinen bzw. deren Modernisierungsgrad oder etwa der Infrastruktur.

Im europäischen und internationalen Vergleich ist es zudem üblich, zur Messung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und somit des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes einzelner Regionen deren BIP bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner (EW) heranzuziehen.

Das BIP ist nicht nur Grundlage für politische Entscheidungen und Standortbestimmungen, sondern findet seinen Niederschlag explizit in den Niederschriften der Maastrichter Verträge. Es ist das rechtsverbindliche Maß für die fiskalischen Maastricht-Kriterien. Im Vertrag von Maastricht ist festgelegt, dass in den Mitgliedstaaten der EU das öffentliche Defizit 3 % des BIP nicht übersteigen darf. Der öffentliche Schuldenstand darf maximal 60 % des BIP erreichen. Des Weiteren richten sich etwaige Fördergelder aus dem EU-Strukturfondsprogramm für die benachteiligten Regionen Europas nach dem auf die jeweilige Einwohnerzahl bezogenen BIP.

**Bruttoinlandsprodukt*) je erwerbstätige Person (Arbeitsproduktivität)
2024 gegenüber 1991 nach Bundesländern**
Index 2020 = 100



*) preisbereinigt, verkettet

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ist in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) ein bedeutendes Aggregat der Entstehungsrechnung. Sie wird für einzelne Wirtschaftsbereiche, Bundesländer sowie für kreisfreie Städte und Kreise berechnet und veröffentlicht. Die BWS gibt den Wert der wirtschaftlichen Leistung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche an und umfasst somit grundsätzlich alle entgeltlich erzeugten Waren und Dienstleistungen. Nicht wertschöpfungswirksam im Sinne der VGR sind unentgeltliche Tätigkeiten wie z. B. Arbeiten im eigenen Haushalt oder ehrenamtliche Aktivitäten.

Die BWS (zu Herstellungspreisen) der Wirtschaftsbereiche wird in der Regel aus der Differenz der Produktionswerte (zu Herstellungspreisen) und der Vorleistungen (zu Anschaffungspreisen) bestimmt. Aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungen enthält die BWS nicht die Gütersteuern abzüglich der Gütersubventionen.

Eine Ausnahme von dieser subtraktiven Berechnungsmethode gilt für die sogenannten „Nichtmarktproduzenten“ aus den Sektoren Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck, deren Leistungen für die Allgemeinheit überwiegend ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Hier wird die BWS durch Addition der Aufwandsposten dieser Institutionen ermittelt, wie z. B. Einkommen aus unselbstständiger Arbeit, Produktionssteuern, Abschreibungen usw.

Die Produktionswerte der Unternehmen stellen den Wert der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion sowie von Handelsware an andere in- und ausländische Wirtschaftseinheiten dar, vermehrt um den Wert der Bestandsveränderung an Halb- und Fertigwaren aus eigener Produktion und um den Wert der selbst erstellten Anlagen. Zu den Verkäufen rechnen in den VGR auch die Einnahmen aus der Vermietung von Wohnungen und gewerblichen Anlagen sowie der Eigenkonsum der Unternehmer. Der Wert der Verkäufe schließt die in Rechnung gestellte Umsatzsteuer nicht ein.

Definition der Bruttowertschöpfung

Die Bruttowertschöpfung umfasst den Wert der wirtschaftlichen Leistung der Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Die Bruttowertschöpfung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Produktionswert zu Herstellungspreisen} \\ - \quad \text{Vorleistungen} \\ \hline = \quad \text{Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen} \end{array}$$

Der Produktionswert eignet sich allerdings nur sehr bedingt zur Messung der wirtschaftlichen Leistung, da in ihm auch die von anderen wirtschaftlichen Einheiten produzierten Vorprodukte enthalten sind. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese Vorleistungen vom Produktionswert abgezogen. Unter Vorleistung ist der Wert der Waren und Dienstleistungen zu verstehen, die inländische Wirtschaftseinheiten von anderen in- und ausländischen Wirtschaftseinheiten bezogen und im Berichtszeitraum im Zuge der Produktion verbraucht haben. Die Vorleistungen umfassen außer Rohstoffen, sonstigen Vorprodukten, Hilfs- und Betriebsstoffen, Brenn- und Treibstoffen und anderen Materialien auch Bau- und sonstige Leistungen für laufende Reparaturen, gewerbliche Mieten, Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer, von anderen Unternehmen durchgeführte Lohnarbeiten, Transportkosten, Postgebühren, Anwaltskosten, Benutzungsgebühren für öffentliche Einrichtungen usw. In der Regel schließen Vorleistungen nicht die eingesetzte Handelsware ein, da auch der Produktionswert von Handelsaktivitäten nur in Höhe des Dienstleistungsentgelts gebucht wird. Zusätzlich werden die „unterstellten Bankgebühren“ als „Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (FISIM)“ berücksichtigt und nach den verwendenden Sektoren und Wirtschaftsbereichen direkt für Produktionswert und Vorleistungen aufgeteilt. Eine weitere Größe, die zusätzlich zur BWS beiträgt, sind selbsterstellte und erworbene Leistungen für Forschung und Entwicklung, ebenfalls ermittelt nach Wirtschaftsbereichen und Sektoren.

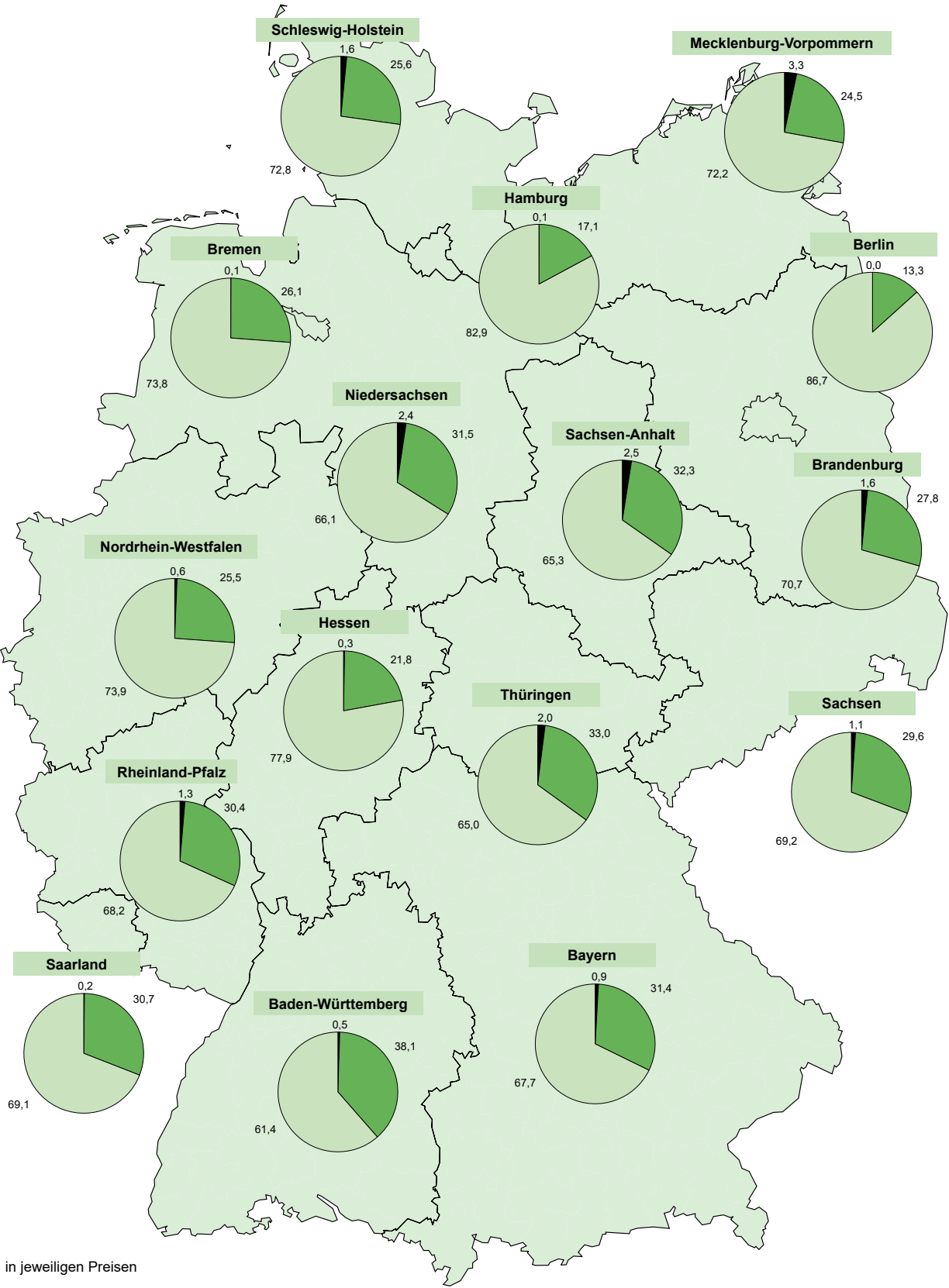
Die so berechnete BWS von Unternehmen ergibt aufsummiert die BWS der Wirtschaftsbereiche und Regionen. Nach Addition der Gütersteuern und Subtraktion der Gütersubventionen von der BWS der Gesamtwirtschaft ergibt sich schließlich das Bruttoinlandsprodukt.

Damit wird die Wirtschaftsleistung in den Ländern, Landkreisen und kreisfreien Städten dargestellt. Die BWS ist somit ein wichtiger Indikator für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft bei der Analyse und Prognose von Konjunktur, Wachstum, Struktur und Entwicklung der Gesamtwirtschaft sowie für den Vergleich der Wirtschaft von Regionen oder der langfristigen strukturellen Veränderung von Wirtschaftsbereichen zueinander. Zusätzlich ist auch der Vergleich der Produktivität (BWS je erwerbstätige Person) zwischen einzelnen Regionen und Wirtschaftsbereichen eine aufschlussreiche Kenngröße.

Seit dem Berichtsjahr 2000 wird über die Größe „Arbeitsvolumen“ auch die BWS je Arbeitsstunde ausgewiesen. Damit wird der Quantifizierung des Arbeitsinputs (unterschiedliche Anteile der Teilzeitbeschäftigung) besser Rechnung getragen als mit dem reinen Pro-Kopf-Bezug. Mit der regionalen BWS steht eine Datengrundlage bereit, die eine Beurteilung erlaubt, ob ein Wirtschaftsbereich bzw. eine Region im Verhältnis zu anderen Wirtschaftsbereichen bzw. Regionen relativ viel oder weniger gewachsen ist.

Bruttowertschöpfung*) 2024 nach Bundesländern

Anteil der Wirtschaftsbereiche in % Land- und Forstwirtschaft, Fischerei Produzierendes Gewerbe Dienstleistungsbereiche



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Gratik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Arbeitnehmerentgelt

Das Arbeitnehmerentgelt (ANE) umfasst Bruttolöhne und -gehälter (BLG) sowie tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (AG). Nicht dazu zählt das Einkommen von Selbstständigen oder deren mithelfenden Familienangehörigen. Erfasst werden sämtliche Geld- und Sachleistungen, die der AG für die Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (AN) aufwendet. Das ANE stellt also nicht nur eine Einkommensgröße der AN dar, sondern ist auch eine wichtige gesamtwirtschaftliche Kostengröße, die den Aufwand für den Produktionsfaktor Arbeit weitgehend abbildet. Das ANE wird sowohl als geleistetes Arbeitnehmerentgelt (Arbeitsortprinzip), als auch als empfangenes Arbeitnehmerentgelt (Wohnortprinzip) nachgewiesen. Der Unterschied zwischen beiden Größen entsteht aus dem Saldo der ANE der Pendlerinnen und Pendler, also der AN, die nicht an ihrem Wohnort arbeiten.

Mithilfe des Einkommensaggregats ANE können weitere gesamtwirtschaftliche Größen wie die Lohnquote oder die Lohnstückkosten berechnet werden. Die Lohnquote ist der Anteil der empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Wohnortprinzip) am Volkseinkommen. Die Lohnstückkosten sind die Lohnkosten (ANE je AN bzw. je Arbeitnehmerstunde) in Relation zur Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätige Person (ET) bzw. je Erwerbstätigenstunde).

Weiterhin ist die Entwicklung der Durchschnittsverdienste (ANE bzw. BLG je AN) ein wichtiger Indikator für politische Entscheidungen. Beispielsweise geht die Entwicklung der BLG als Grundlage der jährlichen Rentenanpassungen in Deutschland in die Rentenformel ein.

Definition des Arbeitnehmerentgelts

Das Arbeitnehmerentgelt errechnet sich wie folgt:

Bruttolöhne und -gehälter

+ Sozialbeiträge der Arbeitgeberinnen
und Arbeitgeber

= Arbeitnehmerentgelt

Die Berechnung des ANE sowie der BLG in Bundesländern und Kreisen ermöglicht den regionalen Vergleich von Einkommensgrößen hinsichtlich ihres Niveaus, der Struktur und Entwicklung.

Die BLG umfassen alle Löhne und Gehälter vor Abzug der Lohnsteuer und der Sozialbeiträge der AN, die den

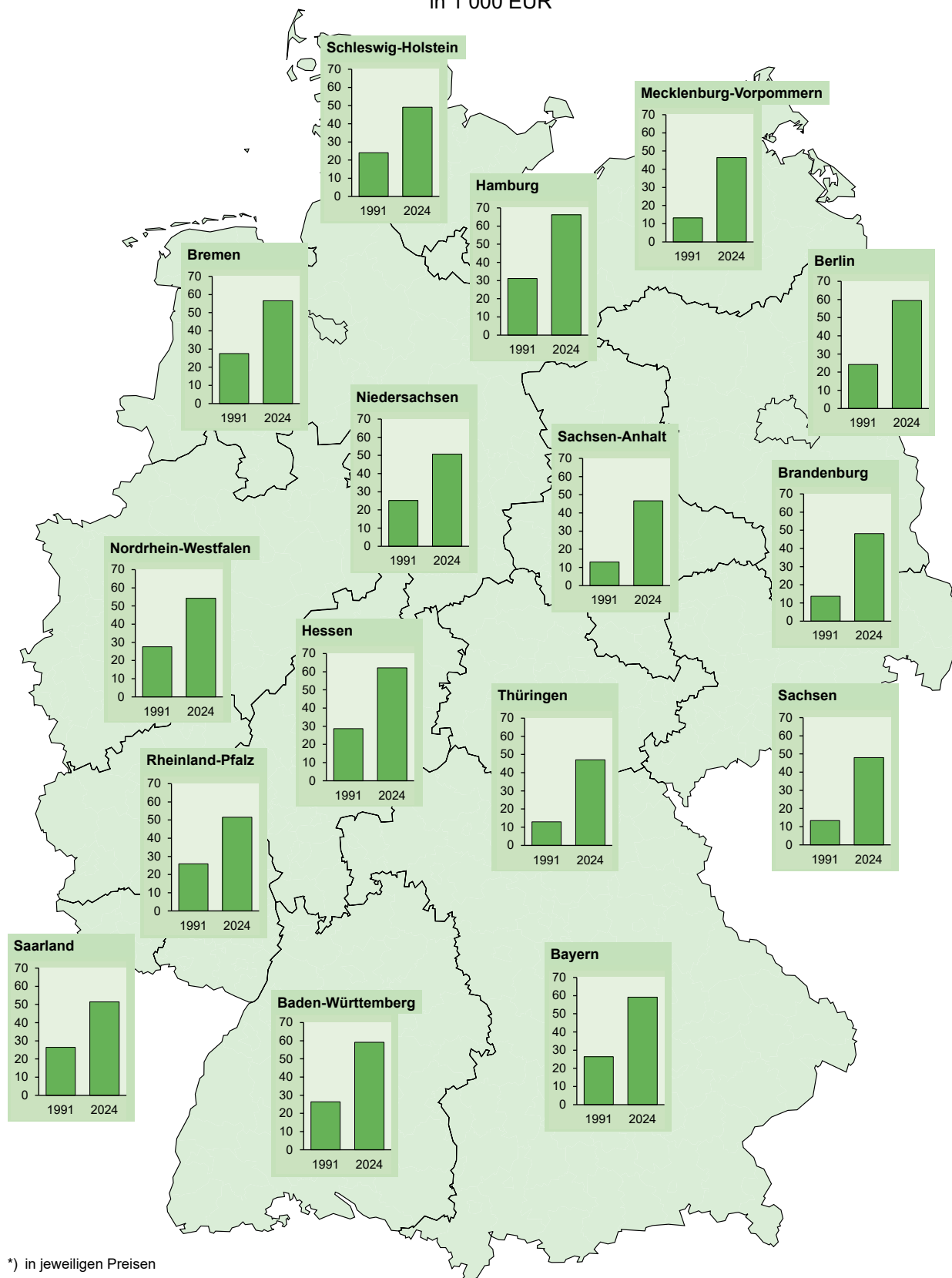
AN aus ihren Arbeits- und Dienstverhältnissen zufließen. Einbezogen wird eine Vielzahl anderer Einkommensbestandteile (z. B. Erschwerniszulagen oder Familien- und Kinderzuschläge). Dazu gehören weiterhin Vergütungen der Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter und Vergütungen für den Mehraufwand von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten. Enthalten sind auch Naturalvergütungen, die als geldwerter Vorteil gemessen werden, der dem AN durch unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Waren und Dienstleistungen durch den AG entsteht. Auch Lohnfortzahlungen für ausgefallene Arbeitszeit (u. a. Feiertage, Urlaub) und Jahressonderzahlungen sind eingeschlossen. Hinzugerechnet werden außerdem BLG aus nebenberuflichen Beschäftigungsverhältnissen bzw. geringfügigen abhängigen Tätigkeiten.

Die Sozialbeiträge der AG schließen die gesetzlich vorgeschriebenen Beiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung ein, außerdem vertraglich vereinbarte oder freiwillig vom AG übernommene sowie unterstellte Sozialbeiträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und weiterer Beihilfen und Unterstützungen für gegenwärtig oder früher beschäftigte AN.

Das ANE bzw. die BLG werden auf Grundlage der jahresdurchschnittlichen Anzahl der AN, der entsprechenden Durchschnittsverdienste in den Wirtschaftszweigen und weiterer Daten zu den Sozialbeiträgen berechnet. Dabei wird nach Arbeitnehmergruppen (Arbeiter, Angestellte, Beamte und marginal Beschäftigte) differenziert. Dadurch werden die deutlich kürzeren Arbeitszeiten und geringeren Durchschnittsverdienste von ausschließlich geringfügig Beschäftigten berücksichtigt.

Zu den AN zählt, wer als Arbeiterin bzw. Arbeiter, Angestellte bzw. Angestellter, Beamtin bzw. Beamter, Richterin bzw. Richter, Soldatin bzw. Soldat, Person im Bundesfreiwilligendienst, Auszubildende bzw. Auszubildender, Praktikantin bzw. Praktikant oder Volontärin bzw. Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter. Dabei ist die Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit unerheblich, sodass auch marginal Beschäftigte dazu gehören. Das sind Personen, die keine voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, jedoch nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation als erwerbstätig gelten, wenn sie in einem einwöchigen Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde gegen Entgelt gearbeitet haben. Dazu zählen in Deutschland hauptsächlich ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, den sogenannten „Ein-Euro-Jobs“.

**Arbeitnehmerentgelt*) je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer (Lohnkosten)
2024 gegenüber 1991 nach Bundesländern**
in 1 000 EUR



*) in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen (BAI) sind eine wichtige Nachfragegröße in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Zusammen mit den Konsumausgaben von Staat, privaten Haushalten und Organisationen ohne Erwerbszweck sowie dem Saldo von Exporten und Importen bilden sie die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

Die Entwicklung der BAI hat einen direkten Einfluss auf die Konjunktur und das Wirtschaftswachstum in den Ländern und Regionen, da die Investitionen einen starken Einkommens- und Beschäftigungseffekt ausüben. Zusätzlich ist auch das Verhältnis der BAI zur Produktion, die sogenannte Investitionsquote, sehr aufschlussreich. Sie ist definiert als Anteil der BAI am BIP. Die Investitionsquote gibt an, ob im Verhältnis zur Produktion relativ viel oder wenig investiert worden ist.

Besonders vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung der Wirtschaftsprozesse und einer damit einhergehenden Verlagerung von Investitionen ins Ausland, sind die Höhe und die Struktur sowie der zeitliche Verlauf der BAI von großem Interesse für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die BAI umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen (Saldo). Als Anlagen werden im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen alle dauerhaften reproduzierbaren Produktionsmittel angesehen.

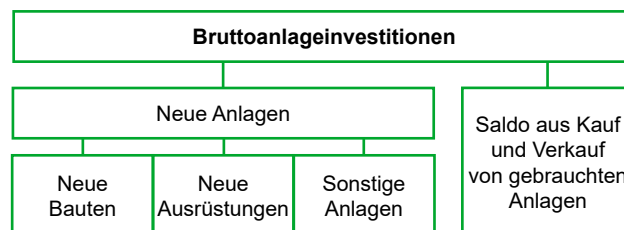
Als dauerhaft gelten hier diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise in der betrieblichen Buchführung aktiviert werden. Die Anlageinvestitionen werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen brutto nachgewiesen, das heißt vor Abzug der Abschreibungen.

Neue Anlagen sind neu in den Wirtschaftskreislauf eintretende, das heißt in einer nachgewiesenen Berichtsperiode im Inland neu entstandene oder importierte Anlagegüter.

Definition der Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe gebrauchter Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen von Wirtschaftseinheiten bzw. der Wirtschaftsbereiche innerhalb einer bestimmten Periode.

Sie untergliedern sich in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen. Zu den neuen Bauten zählen auch werterhöhende Leistungen am Gebäudebestand. Für die einzelnen Wirtschaftsbereiche wird nur der Erwerb neuer Anlagen (neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen) ausgewiesen, da der Nachweis des Kaufs und Verkaufs von gebrauchten Anlagen zwischen den Wirtschaftsbereichen und den Bundesländern aus statistischen Gründen nicht möglich ist.



Die Bauinvestitionen umfassen Bauleistungen an Gebäuden und sonstigen Bauten, wie beispielsweise Straßen, Brücken, Tunnel, Flugplätze, Kanäle, Staudämme, Montagebauten, Versorgungs- und Rohrfernleitungen, Sportplätze oder Parks.

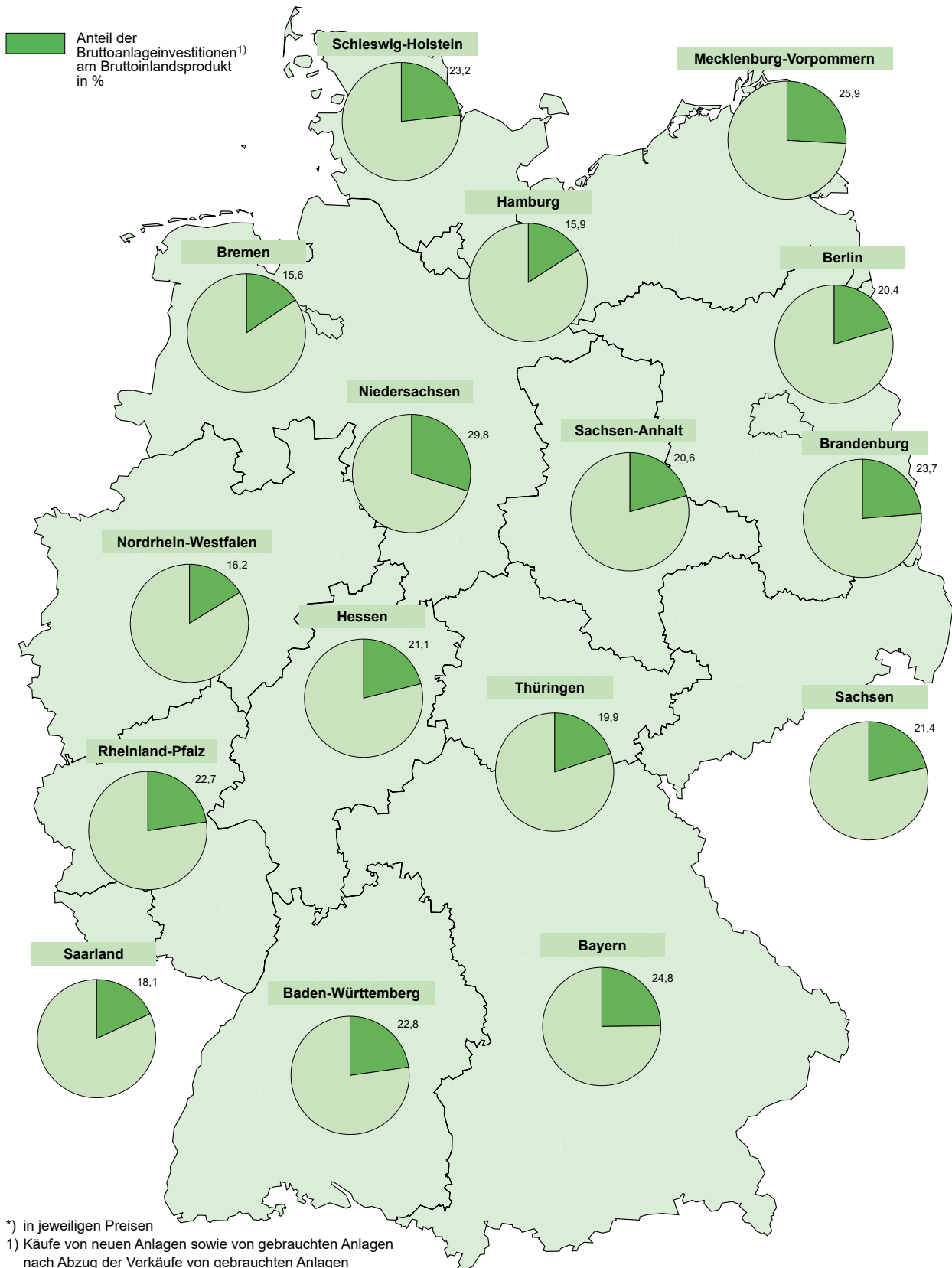
Die Ausrüstungsinvestitionen umfassen Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.

Zu den sonstigen Anlagen zählen die Investitionen in geistiges Eigentum (Computersoftware und Datenbanken, Forschung und Entwicklung, Urheberrechte, Suchbohrungen) sowie Nutztiere und Nutzpflanzungen. In der Länderrechnung werden die sonstigen Anlagen nicht getrennt nachgewiesen, sondern nur zusammen mit den Ausrüstungen.

Zur Ermittlung der BAI in den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden die verschiedensten Quellen der amtlichen und nichtamtlichen Statistik herangezogen, da es mit Ausnahme der Dienstleistungsstatistik keine Datenquelle gibt, die laufende und mehrere Wirtschaftsbereiche überdeckende Ergebnisse zu den BAI liefert.

Hauptpfeiler der Berechnungen stellen die Investitionserhebungen dar. Für die Bereiche, in denen der Staat Investitionen tätigt, dienen die Rechnungsstatistik der Länder- und Kommunalfinanzen sowie der Bundeshaushaltsplan als Datengrundlage. Für die Bauinvestitionen wird weitgehend die Bautätigkeitsstatistik verwendet.

Bruttoanlageinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt*) (Investitionsquote) 2022 nach Bundesländern



© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt einen besonders aussagefähigen Indikator für den (monetären) „Wohlstand“ der Bevölkerung dar und ist als der Betrag zu verstehen, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem empfangenen Primäreinkommen nach Abzug der geleisteten laufenden Transfers und nach Hinzufügung der empfangenen laufenden Transfers.

Das Primäreinkommen setzt sich zusammen (1) aus dem empfangenen Arbeitnehmerentgelt (ANE), (2) den Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und (3) dem positiven Saldo aus empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen. Es stellt allgemein den weitest gefassten Einkommensbegriff dar. Das ANE schließt neben den empfangenen Bruttolöhnen und -gehältern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) sowie den tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (AG) alle Zulagen mit ein, wie z. B. Akkord- und Schichtzulagen, außerdem Jahressonderzuwendungen wie 13. Monatsgehalt und Urlaubsgeld. Beim Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit ist zu beachten, dass darunter auch der (fiktiv erzielte) Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohneigentum (auch bei Nicht-Selbstständigen) ebenso wie der (realisierte) Betriebsüberschuss aus der Vermietung und Verpachtung gefasst wird.

Zu den (von privaten Haushalten) geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern, wie die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die (frühere) Vermögensteuer sowie auch Steuern in Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch (z. B. die Kfz-Steuer), weiterhin die Sozialbeiträge der AG, der AN, der Selbstständigen sowie die vom Staat für Nichterwerbstätige übernommenen Beiträge. Enthalten sind auch bestimmte unterstellte Sozialbeiträge, welche im System der VGR aus Konsistenzgründen als Gegenwert von sozialen Leistungen verbucht werden müssen, da ihnen keine speziellen Deckungsmittel oder Beiträge Dritter gegenüberstehen (z. B. im Rahmen der Beamtenversorgung), sowie eine Reihe weiterer dem Betrag nach weniger bedeutender Transfers. Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers umfassen in weit überwiegendem Umfang monetäre Sozialleistungen. Die weitaus größte Position stellen dabei die Geldleistungen der Rentenversicherung (ab 2003 Deutsche Rentenversicherung) dar. Von erheblicher Bedeutung sind jedoch auch

die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung sowie der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wie auch seit dem Jahr 2005 die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die öffentlichen Pensionen und auch das Kindergeld. Weiterhin zählen zu den empfangenen Transfers z. B. auch die Leistungen von Schadensversicherungen zur Regulierung von Schadensfällen sowie Geldleistungen der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung, Wohngeld, Erziehungsgeld, Elterngeld, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung und ähnliche finanzielle Unterstützungsleistungen.

Die Einkommen der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in den Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen derzeit nur zusammengefasst dargestellt, da die statistischen Daten angesichts der engen monetären Verflechtung beider Sektoren für eine getrennte Darstellung nicht ausreichen. Allerdings kommt den privaten Organisationen nur ein relativ geringes Gewicht zu, sodass zur Vereinfachung häufig nur vom Haushaltssektor bzw. von den privaten Haushalten gesprochen wird, obwohl die privaten Organisationen sachlich miteinbezogen sind.

Für Regionalvergleiche wird im Allgemeinen das Verfügbare Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner (EW) herangezogen. Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen zwischen Regionen und Kalenderjahren spiegeln dabei das Zusammenwirken vieler unterschiedlicher Faktoren wider. Dazu gehören wirtschaftliche und soziale Entwicklungen ebenso wie demografische Effekte (z.B. Verschiebungen zwischen den Anteilen der Personen vor, in und nach der Erwerbsphase).

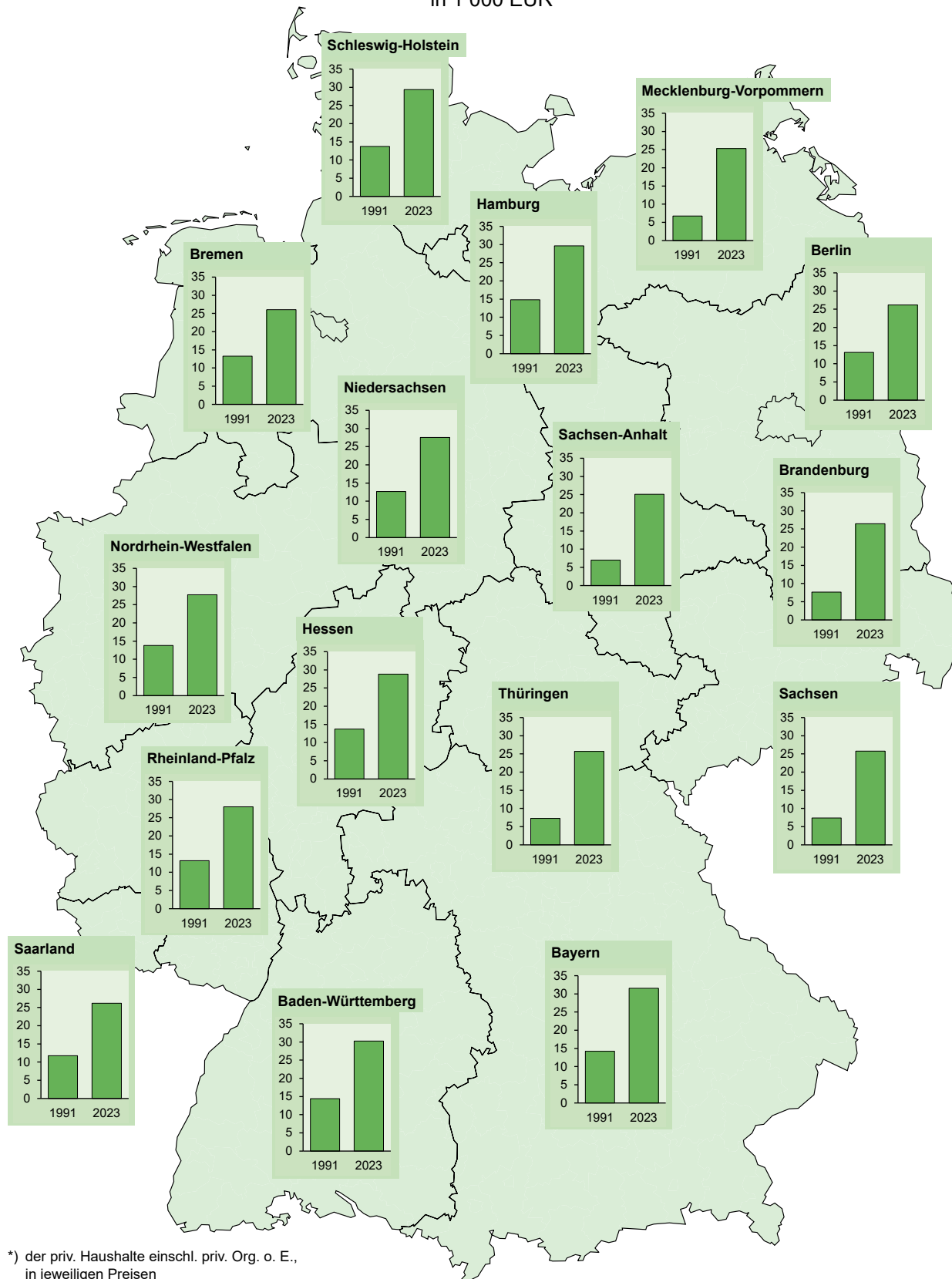
Definition des Verfügbaren Einkommens

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist der Betrag, der den in einer bestimmten Region lebenden Menschen für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Das Verfügbare Einkommen errechnet sich wie folgt:

Primäreinkommen

+	empfangene monetäre Sozialleistungen
+	empfangene sonstige laufende Transfers
–	geleistete Einkommen- und Vermögensteuern
–	geleistete Sozialbeiträge
–	geleistete sonstige laufende Transfers
=	Verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen*) je Einwohnerin bzw. Einwohner 2023 gegenüber 1991 nach Bundesländern in 1 000 EUR



*) der priv. Haushalte einschl. priv. Org. o. E.,
in jeweiligen Preisen

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte

Konsumausgaben werden sowohl für die privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) als auch für den Staat berechnet. Im Folgenden werden zunächst – wenn nicht abweichend bezeichnet – nur die Privaten Konsumausgaben erläutert.

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte (Inländerkonzept) zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen, zu denen unter anderem Entgelte für häusliche Dienste gehören, sind auch bestimmte unterstellte Käufe enthalten. Hierzu zählen in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit produzierte und im privaten Haushalt des Unternehmers verwendete Erzeugnisse, Dienstleistungen der häuslichen Bediensteten (in Höhe der gezahlten Löhne), die Eigenutzung von Wohnungen (in Höhe der unterstellten Miete), Naturaleinkommen (Deputate) der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (AN) sowie Aufwendungen für die Verpflegung der Bundeswehr. Von den Prämien an Versicherungsunternehmen geht nur das hierin enthaltene Dienstleistungsentgelt in die Konsumausgaben ein. Die Verkäufe zwischen privaten Haushalten in ihrer Eigenschaft als Konsumenten haben nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keinen Einfluss auf die Höhe ihrer Konsumausgaben.

Nicht enthalten in den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind Vorleistungen (z. B. Ausgaben für geschäftliche Zwecke) sowie Bruttoinvestitionen (z. B. Wohnungserwerb). Sofern von Selbstständigen gekaufte Güter sowohl in deren Betrieben als auch in ihrem Privatbereich verwendet werden können (z. B. elektrischer Strom, Personenkraft-

wagen), werden die Käufe auf Vorleistungen bzw. Anlageinvestitionen einerseits und Konsumausgaben andererseits aufgeteilt. Ausgeschlossen aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte sind ferner alle Aufwendungen der Eigentümerinnen und Eigentümer von Mietwohnungen und Eigenheimen für Reparaturen, die normalerweise von Vermieterin und Vermieter auszuführen sind. Sie gelten als Vorleistungen des Wirtschaftsbereichs Wohnungsvermietung. In diesen Konsumausgaben nicht enthalten sind die Aufwendungen der Sozialversicherung und der Sozialhilfe für Medikamente sowie für Arzt-, Krankenhaus- und Pflegeleistungen, die zu den Konsumausgaben des Staates zählen.

Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, karitative Organisationen, wissenschaftliche Gesellschaften, Sportvereine usw.) bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazu zählen der Wert der von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck produzierten Güter (ohne selbsterstellte Anlagen und Verkäufe) sowie Ausgaben für Güter, die ohne irgendwelche Umwandlungen als soziale Sachleistungen den privaten Haushalten für ihren Konsum zur Verfügung gestellt werden.

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. Die Berücksichtigung der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche hat den Zweck, in der Ersparnis die Veränderung der Alterssicherungsansprüche einzubeziehen, auf die ein fester Anspruch besteht und die durch Prämien- und Beitragszahlungen entstehen.

Die Relation aus Sparen und verfügbarem Einkommen, letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, wird als Sparquote bezeichnet.

Nach internationalen Konventionen werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie das Sparen als Verwendungsaggregat des Bruttoinlandsprodukts nach dem Inländerkonzept ausgewiesen, das heißt die Ausgaben der inländischen Bevölkerung in der übrigen Welt sind einbezogen, nicht dagegen die Ausgaben der Gebietsfremden im Inland.

Ausgangspunkt der Berechnungen zu den Privaten Konsumausgaben ist das verfügbare Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Zur Ermittlung der Privaten Konsumausgaben werden insbesondere regional vorhandene Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS), des Mikrozensus und der Bevölkerungsstatistik herangezogen.

Werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf die Einwohnerzahl (EW) der Region bezogen, so ist die gleiche Problematik wie beim verfügbaren Einkommen je EW (z. B. Altersstruktur und Haushaltsgröße) zu beachten.

Definitionen zu „Konsum“ und „Sparen“ der privaten Haushalte

Konsum

In den Privaten Konsumausgaben sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte und die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck zusammengefasst. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte entsprechen dem Wert der Waren- und Dienstleistungen, die die inländischen privaten Haushalte zur Befriedigung individueller Bedürfnisse erwerben. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch unterstellte Käufe enthalten. Die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bestehen aus dem Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

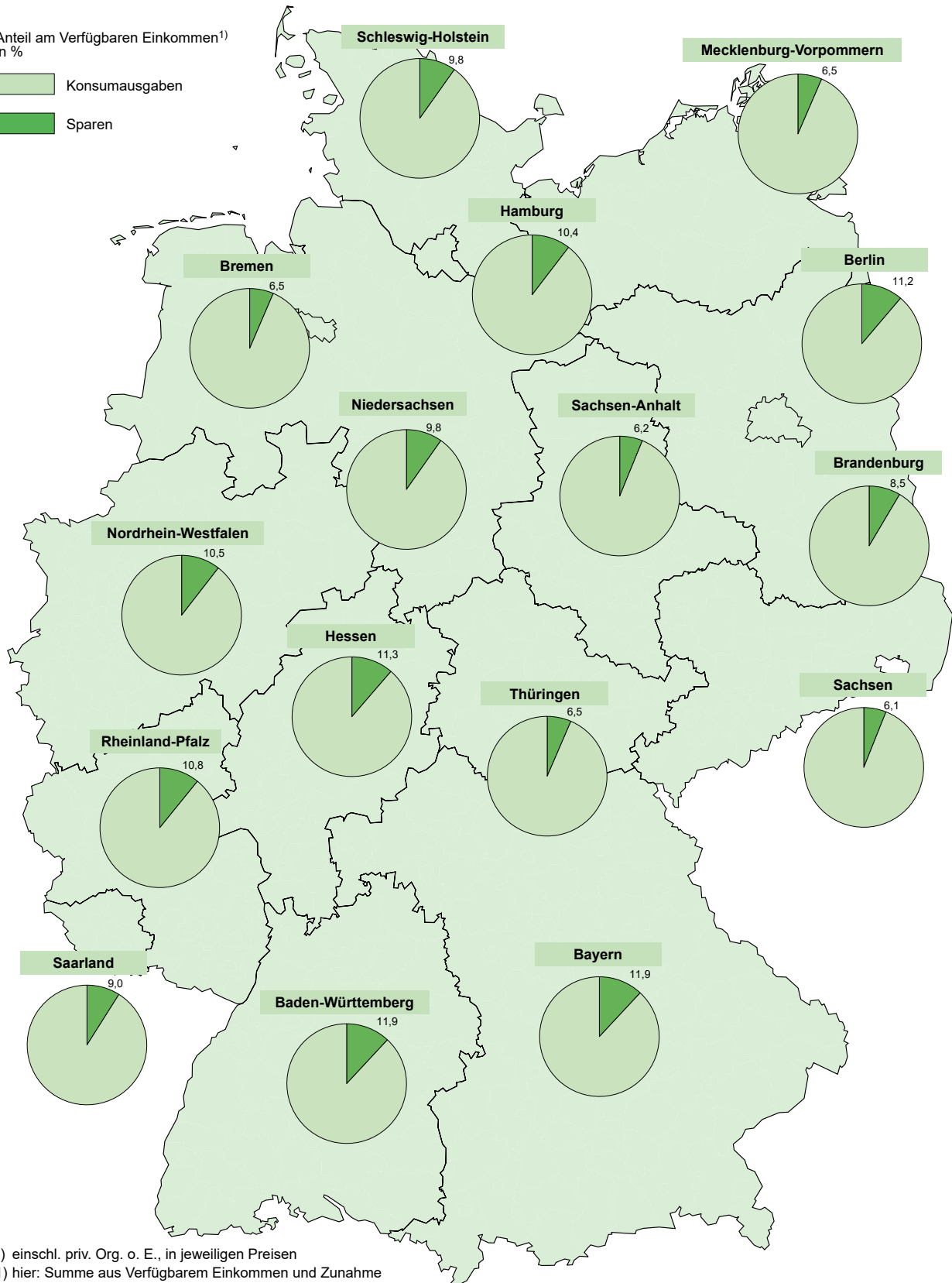
Sparen

Das Sparen der privaten Haushalte ist der Teil ihres verfügbaren Einkommens, der nicht konsumiert wird, zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Konsumausgaben und Sparen der privaten Haushalte*) 2023 nach Bundesländern

Anteil am Verfügbaren Einkommen¹⁾
in %

Konsumausgaben
 Sparen



*) einschl. priv. Org. o. E., in jeweiligen Preisen







1) hier: Summe aus Verfügbarem Einkommen und Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche






© Statistische Ämter des Bundes und der Länder













Grafik: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ 2025/2026

(Berechnungsstand: Februar 2025)

Zeitpunkt	März 2025	April 2025	Mai 2025
Anfang	<p>Konsumausgaben des Staates 1991–2022</p>  		
Mitte			
Ende	<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Länderergebnisse 1991–2024</p>  <p>Bruttoinlandsprodukt bis 2024</p> 	<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Länderergebnisse 1991–2024</p>  <p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter bis 2024</p> 	

Juni 2025	Juli 2025	August 2025
	<p>Primäreinkommen der privaten Haushalte 1991–2023</p> <p>Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 1991–2023</p> <p> </p>	
<p>Bruttoanlageinvestitionen Länderergebnisse 1991–2022</p> <p></p> <p>Bruttoanlageinvestitionen bis 2022</p> <p></p>		<p>Faltblatt „Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse im Bundesländervergleich 2025“</p> <p></p>

September 2025	Oktober 2025	November 2025	Dezember 2025	Januar 2026
<div> <p>Kostenlose Veröffentlichungen abrufbar unter www.vgrdl.de:</p> <div>  Globale Indikatoren auf Länderebene (als HTML-Datei) </div> <div>  Gemeinschaftsveröffentlichungen bzw. Arbeitstabellen (tiefergehendes Datenmaterial im kostenlosen Download als Excel-Dateien) </div> <div>  Broschüre bzw. Faltblatt (als PDF-Datei im kostenlosen Download) </div> <p>Hinweise: Weitere Veröffentlichungen in Form von Statistischen Berichten durch die jeweiligen Statistischen Ämter der Länder. Die Be- rechnung der Erwerbstätigenzahlen obliegt dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“ (AK ETR).</p> </div>				
			<p>Broschüre „Zusammenhänge, Bedeutung und Ergebnisse – Ausgabe 2025“</p> 	
<p>Bruttonational- einkommen 1991–2023</p>  	<p>Private Konsum- ausgaben Sparen Sparquote bis 2023</p> 		<p>Bruttoinlandsprodukt Bruttowertschöpfung Kreisergebnisse 1992, 1994–2023</p> 	<p>Einkommen der privaten Haushalte Kreisergebnisse 1995–2023</p> 
<p>Bruttoinlandspro- dukt 1. Halbjahr 2025 (Berechnungs- stand August 2025, Ver- änderungsraten)</p> 	<p>Entstehung, Ver- teilung und Verwendung des Brutto- inlandsprodukts Länderergebnisse 1991–2024</p> 		<p>Arbeitnehmerentgelt Bruttolöhne und -gehälter Kreisergebnisse 2000–2023</p> 	

Anschriftenverzeichnis der Mitglieder des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Raiffeisenplatz 5
70736 Fellbach
Telefon 0711 641 - 26 18
Telefax 0711 641 - 24 01
vgr@stala.bwl.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth
Telefon 0911 98208 - 63 38
Telefax 0911 98208 - 61 15
vgr@statistik.bayern.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Standort Berlin
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Telefon 0331 8173 - 39 04
vgr@statistik-bbb.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14 – 16
28195 Bremen
Telefon 0421 361 - 21 40
Telefax 0421 361 - 64 80
vgr@statistik.bremen.de

Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon 0385 588 - 5 64 20
Telefax 0385 509 - 5 69 73
vgr@statistik-mv.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstraße 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon 0611 3802 - 8 19
Telefax 0611 3802 - 8 90
vgr-he@statistik.hessen.de

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Fröbelstraße 15 – 17
24113 Kiel
Telefon 0431 6895 - 92 33
Telefax 040 427 96 43 47
vgr@statistik-nord.de

Landesamt für Statistik
Niedersachsen
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon 0511 9898 - 31 49
Telefax 0511 9898 - 43 21
vgr@statistik.niedersachsen.de

Information und Technik NRW
Statistisches Landesamt
Mauerstraße 51
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 9449 - 29 52
Telefax 0211 44 20 06
vgr@it.nrw.de

Statistisches Landesamt Saarland
Virchowstraße 7
66119 Saarbrücken
Telefon 0681 501 - 59 50
Telefax 0681 501 - 58 74
vgr@statistik.saarland.de

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14 – 16
56130 Bad Ems
Telefon 02603 71 - 18 60
Telefax 02603 71 - 19 18 60
vgr@statistik.rlp.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
Macherstraße 63
01917 Kamenz
Telefon 03578 33 - 34 00
Telefax 03578 33 - 34 98
akvgr@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt
Merseburger Straße 2
06110 Halle (Saale)
Telefon 0345 2318 - 3 55
Telefax 0345 2318 - 9 23
vgr@statistik.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon 0361 57331 - 92 11
Telefax 0361 57331 - 96 17
vgr@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 75 - 23 29
Telefax 0611 75 - 39 52
vgr-entstehung@destatis.de

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Wirtschaft und Befragungen
Eberhardstraße 37
70173 Stuttgart
Telefon 0711 216 - 9 85 68
Annette.Hillerich-Sigg@stuttgart.de

Länderübergreifende Datenanfragen, die über den unter www.vgrdl.de dargestellten Umfang an regionalen VGR-Daten hinausgehen, richten Sie bitte an die Federführung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter vgr@stala.bwl.de.

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Wirtschaftszweiggliederung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach WZ 2008

Abteilungen	A*38	A*21	A*10	A*10 mit Zusammenfassungen	A*3
01 bis 03	AA Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei
10 bis 12	BA Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
13 bis 15	CA Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln, Tabakverarbeitung				
16 bis 18	CB Herstellung von Textilien, Bekleidung, Leder, Lederwaren und Schuhen				
19	CC Herstellung von Holzwaren, Papier und Druckzeugnissen				
20	CD Kokerei und Mineralverarbeitung				
21	CE Herstellung von chemischen Erzeugnissen				
22 * 23	CF Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen				
24 * 25	CG Herstellung von Gummi, Kunststoff- und Glaswaren, Keramik u. Ä.				
26	CH Metallherstellung und -bearbeitung, Herstellung von Metallzeugnissen				
27	CI Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen				
28	CJ Herstellung von elektrischen Ausrüstungen				
29 * 30	CK Maschinenbau				
31 bis 33	CL Fahrzeugbau				
34	CM Herstellung von Möbeln, sonstigen Waren, Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen				
35	DA Energieversorgung				
36 bis 38	EA Wasserversorgung, Entsorgung u. Ä.				
39 bis 41	FA Baugewerbe				
42 bis 44	GA Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen				
45 bis 47	HA Verkehr und Lager				
48 bis 50	IA Gastgewerbe				
51 * 56	JA Verlagswesen, audiovisuelle Medien und Rundfunk				
57 bis 60	JB Telekommunikation				
61	JC IT- und Informationsdienstleistungen				
62 * 63					
64 bis 66	KA Finanz- und Versicherungsdienstleistungen				
67	LA Grundstücks- und Wohnungswesen				
68	MA Freiberufliche und technische Dienstleistungen				
69 bis 71	MB Forschung und Entwicklung				
72	MC Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen				
73 bis 75	NA Sonstige Unternehmensdienstleistungen				
76 bis 82	OA Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung				
83	PA Erziehung und Unterricht				
84	QA Gesundheitswesen				
85	QB Heime und Sozialwesen				
86	RA Kunst, Unterhaltung und Erholung				
87 * 88	SA Sonstige Dienstleistungen a. n. g.				
89 bis 91	TA Häusliche Dienste				
92 bis 96					
97 * 98					
A–T Gesamte Volkswirtschaft (Summe der Bereiche)					
G–T Dienstleistungsbereiche					

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
AG	Arbeitgeberin(nen), Arbeitgeber
AK ETR	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung der Länder“
AN	Arbeitnehmerin(nen), Arbeitnehmer
AK VGRdL	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
ANE	Arbeitnehmerentgelt
a. n. g.	anderweitig nicht genannt
BAI	Bruttoanlageinvestitionen
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BLG	Bruttolöhne und -gehälter
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BWS	Bruttowertschöpfung
bzw.	beziehungsweise
DESTATIS	Statistisches Bundesamt
einschl.	einschließlich
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ET	Erwerbstätige, erwerbstätige Person
EU	Europäische Union
EUR	Euro
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EW	Einwohner(innen), Einwohner
FISIM	Finanzserviceleistungen, indirekte Messung (Financial Intermediation Services, Indirectly Measured)
FuE	Forschung und Entwicklung
GmbE	Gebiete mit besonderen Entwicklungsaufgaben
Kfz	Kraftfahrzeug
Mill.	Millionen
Mrd.	Milliarden
Nr.	Nummer
NUTS	Gebietssystematik für die Statistik (Nomenclature of Territorial Units for Statistics)
priv. Org. o. E.	private Organisationen ohne Erwerbszweck
R-LGR	Regionale Landwirtschaftliche Gesamtrechnung
SNA	Internationales System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Accounts)
u. a.	unter anderem
u. Ä.	und ähnliche
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
WZ	Klassifikation der Wirtschaftszweige
z. B.	zum Beispiel

Tabellenanhang

Ausgewählte Indikatoren im Zeitvergleich

Auszug aus dem Veröffentlichungsprogramm des Arbeitskreises
„Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Tiefer gegliederte Ergebnisse – nach Wirtschaftsbereichen sowie Kreisergebnisse –
bietet der Arbeitskreis im Internet unter www.vgrdl.de zum kostenlosen Download an.

1. Wirtschaftswachstum seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %									
1991
1992	0,8	2,8	3,7	9,0	-1,4	-0,5	1,5	7,9	1,4
1993	-4,2	-1,7	2,8	12,0	-4,1	-0,1	-1,7	10,4	-1,6
1994	2,1	1,7	1,8	11,1	0,8	0,8	1,2	11,5	2,2
1995	1,6	0,9	1,3	8,0	-0,2	0,3	0,8	7,5	-0,9
1996	1,3	1,3	-1,0	4,4	0,1	2,2	2,2	2,9	0,2
1997	2,1	2,0	-2,0	2,1	3,4	3,9	1,8	1,6	1,7
1998	2,4	3,7	0,6	1,5	0,6	1,4	2,1	0,4	2,3
1999	2,6	3,0	0,1	4,4	-0,1	2,2	3,2	2,8	1,7
2000	3,5	4,5	1,4	3,0	4,5	2,7	3,6	0,1	2,8
2001	3,3	2,8	-0,2	0,2	1,7	5,8	2,2	-1,0	-0,4
2002	-1,1	0,8	-2,0	0,1	1,6	0,9	-1,5	0,4	-1,6
2003	-0,1	-1,3	-2,2	0,3	1,0	-2,1	0,6	-0,1	-0,3
2004	0,3	2,2	-1,1	1,5	0,2	1,1	0,2	0,4	1,6
2005	0,6	1,5	2,0	1,1	1,6	1,9	0,6	-0,3	2,0
2006	6,3	3,9	3,5	3,8	4,4	1,6	3,3	2,2	4,1
2007	3,6	2,9	3,1	1,0	1,7	2,6	2,7	2,7	2,6
2008	0,3	0,0	3,6	1,8	0,2	4,4	0,6	0,8	1,5
2009	-9,7	-4,2	-1,1	-2,9	-9,3	-3,4	-7,2	-0,7	-5,1
2010	7,7	5,1	2,8	3,2	4,8	0,5	3,1	0,8	5,4
2011	5,0	5,9	3,9	1,1	1,8	0,9	3,8	2,1	4,2
2012	0,7	1,0	-0,1	1,5	3,1	0,5	-0,8	-0,3	0,7
2013	0,7	1,3	0,4	-0,0	-0,6	3,2	0,7	-0,2	-0,9
2014	2,0	2,3	2,8	3,8	1,1	-0,6	1,7	2,9	2,8
2015	2,4	2,2	3,9	0,3	0,2	1,9	0,9	0,6	-0,3
2016	1,7	2,5	3,9	1,7	1,8	2,2	2,7	1,4	6,3
2017	3,8	3,5	3,6	2,9	0,9	1,4	2,0	4,6	0,9
2018	2,2	0,5	3,3	0,3	0,1	0,4	0,9	-1,6	1,8
2019	-0,1	1,6	2,8	1,6	-1,9	3,0	1,1	3,5	1,4
2020	-5,2	-4,1	-2,4	-3,1	-4,8	-5,7	-5,0	-3,7	-4,1
2021	5,6	4,2	5,3	2,0	5,5	0,5	4,5	1,5	1,8
2022	2,1	1,9	4,4	0,6	3,8	3,1	1,8	1,4	-0,5
2023	0,2	1,0	1,5	-1,4	-1,1	-2,1	0,4	0,2	1,2
2024	-0,4	-1,0	0,8	-0,7	-1,0	1,7	0,6	1,3	0,4

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

.	1991
1,1	0,7	-0,5	9,4	8,8	1,2	16,8	2,0	1992
-2,3	-3,1	-4,6	12,2	13,0	-1,6	13,1	-1,0	1993
1,4	1,8	2,9	12,6	10,6	1,2	12,6	2,6	1994
1,2	1,1	2,1	8,0	4,2	1,6	3,8	1,5	1995
0,1	-0,3	-2,4	3,0	3,3	1,4	2,8	1,0	1996
2,0	2,9	1,8	-0,3	2,4	2,3	2,9	1,9	1997
2,1	0,5	2,4	1,3	0,6	0,6	2,4	2,1	1998
1,3	2,3	2,7	1,9	1,6	0,9	2,9	2,1	1999
2,2	2,2	4,3	0,3	0,9	2,2	1,7	2,9	2000
1,1	-1,5	2,0	1,5	-0,9	1,2	0,7	1,6	2001
0,1	0,9	-1,7	1,9	2,1	-2,0	0,0	-0,2	2002
-1,1	-0,1	-0,2	1,3	-0,1	-0,3	1,6	-0,5	2003
1,2	2,4	3,1	1,7	0,8	1,5	1,5	1,2	2004
0,5	0,0	3,7	-0,4	-0,6	0,4	-0,3	0,9	2005
3,0	3,9	3,1	4,5	3,7	2,6	3,7	3,9	2006
3,5	2,2	2,1	2,6	1,6	0,9	2,0	2,9	2007
1,1	0,3	0,2	-0,2	0,2	2,5	-0,2	0,9	2008
-5,3	-4,8	-10,5	-3,9	-5,3	-3,4	-5,0	-5,5	2009
2,5	5,3	5,0	3,1	4,7	0,9	4,7	4,1	2010
2,7	2,8	4,3	3,1	-0,4	2,7	4,4	3,8	2011
-0,2	1,2	-1,4	0,6	2,5	2,4	-0,2	0,5	2012
0,1	-0,1	-2,6	0,1	-1,3	-1,0	1,1	0,4	2013
2,2	2,3	3,1	3,0	1,1	1,5	3,5	2,2	2014
1,7	1,8	0,6	2,7	0,4	1,0	1,2	1,7	2015
1,1	1,4	0,1	1,9	1,7	2,3	1,7	2,3	2016
2,7	1,4	2,4	2,4	1,5	3,1	1,7	2,7	2017
1,3	0,1	-0,5	0,9	-0,7	0,7	-0,2	1,1	2018
0,2	0,9	-1,2	1,4	2,1	2,3	0,2	1,0	2019
-3,6	-3,5	-5,8	-4,1	-3,3	-2,2	-3,3	-4,1	2020
2,2	11,2	1,5	2,8	1,4	-0,3	2,5	3,7	2021
0,3	-0,2	4,0	2,0	-0,4	1,2	0,8	1,4	2022
-1,3	-4,3	-4,1	0,0	-2,4	-0,7	0,4	-0,3	2023
-0,4	-1,1	-1,9	-0,4	-0,9	1,2	-1,3	-0,2	2024

2. Bruttoinlandsprodukt – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	243 387	264 017	68 403	19 850	18 991	61 137	150 385	14 436	145 213
1992	256 691	284 019	75 606	24 767	19 563	63 737	159 369	17 800	154 134
1993	254 219	288 542	81 066	30 101	19 470	65 919	161 858	21 337	157 046
1994	263 619	298 865	83 845	34 711	19 955	67 741	166 412	24 713	163 902
1995	272 298	306 896	86 026	38 091	20 298	69 210	170 701	26 937	165 557
1996	277 785	312 550	85 339	39 971	20 352	70 759	175 094	27 907	166 744
1997	283 800	319 670	83 943	40 688	21 122	73 470	178 574	28 336	169 683
1998	292 882	333 843	84 476	41 812	21 396	75 528	182 687	28 493	175 456
1999	303 578	345 892	85 367	43 954	21 592	76 578	190 671	29 442	180 028
2000	312 002	359 884	86 219	45 244	22 538	78 473	195 455	29 683	185 794
2001	326 842	374 123	87 158	46 414	23 312	83 187	202 688	30 155	189 301
2002	329 266	383 227	87 119	46 988	23 910	84 403	203 868	30 339	188 285
2003	333 233	381 725	86 561	47 493	24 545	84 993	209 644	30 572	189 900
2004	337 641	394 706	86 655	48 749	24 779	87 232	212 872	30 956	194 871
2005	340 857	401 696	88 788	49 634	25 341	89 389	214 820	31 080	200 378
2006	362 670	419 390	92 450	52 072	26 577	90 513	222 383	32 112	210 086
2007	382 539	439 362	96 520	54 159	27 511	93 777	231 093	33 776	219 654
2008	387 488	442 744	100 962	55 980	27 897	97 069	234 241	34 567	225 331
2009	359 969	434 878	101 392	54 792	25 484	94 184	224 965	34 417	216 589
2010	389 865	459 319	105 228	57 373	26 970	97 155	232 364	35 385	229 928
2011	412 687	490 973	110 626	59 366	27 848	98 811	243 527	36 879	243 311
2012	421 341	504 021	112 398	61 035	29 088	101 407	244 407	37 260	248 968
2013	432 317	519 911	116 107	62 333	29 510	105 985	250 549	38 321	251 809
2014	448 946	541 739	122 279	65 655	30 482	108 259	261 260	40 100	262 927
2015	468 613	564 087	129 267	66 755	31 081	112 880	268 527	40 823	265 503
2016	483 231	586 881	136 366	68 644	31 910	115 167	279 760	41 786	285 288
2017	506 847	614 257	144 070	72 111	32 788	121 447	288 020	45 069	292 612
2018	526 436	629 022	152 030	73 970	33 389	124 313	294 358	45 313	303 764
2019	536 086	651 194	159 591	77 181	33 433	129 913	302 764	48 230	314 460
2020	516 888	634 843	159 011	76 206	32 442	124 166	293 847	47 292	306 655
2021	555 660	675 004	171 190	81 192	35 483	137 640	313 308	50 164	321 135
2022	595 351	723 639	184 512	89 534	38 820	155 671	332 353	55 661	343 641
2023	631 540	773 647	197 924	96 433	40 338	153 737	354 492	59 168	369 147
2024	650 225	791 603	207 058	97 540	41 357	161 856	368 298	61 245	381 267

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)

381 575	76 618	21 569	36 941	20 661	51 248	17 178	1 591 610	1991
402 569	80 368	22 438	45 889	25 821	54 214	22 905	1 709 890	1992
404 924	80 207	22 083	55 563	31 711	55 240	28 054	1 757 340	1993
417 105	83 293	23 101	64 480	36 483	57 051	32 745	1 838 020	1994
430 715	86 302	23 994	70 712	38 675	59 019	34 499	1 899 930	1995
432 610	86 470	23 447	73 406	40 306	60 014	35 805	1 928 560	1996
442 335	88 999	23 878	73 268	41 206	61 350	36 859	1 967 180	1997
454 821	90 098	24 354	74 524	41 833	62 192	37 915	2 022 310	1998
460 797	92 837	24 896	76 581	42 590	63 053	39 385	2 077 240	1999
469 965	94 677	25 713	76 630	42 969	64 399	40 015	2 129 660	2000
480 753	95 035	26 305	79 186	43 613	66 343	41 115	2 195 530	2001
488 645	97 026	26 276	81 918	45 000	65 417	41 672	2 223 360	2002
489 848	97 952	26 573	83 741	45 313	66 149	42 569	2 240 810	2003
502 726	100 971	27 717	85 956	46 162	67 530	43 517	2 293 040	2004
509 290	101 542	29 125	85 902	46 182	68 106	43 580	2 325 710	2005
527 539	105 785	30 408	90 332	48 331	70 064	45 469	2 426 180	2006
557 617	110 383	31 793	94 348	50 490	71 755	47 443	2 542 220	2007
570 643	112 042	32 192	95 345	51 218	73 974	47 986	2 589 680	2008
549 845	109 108	29 214	92 788	49 011	72 039	46 194	2 494 870	2009
565 084	115 471	30 782	96 708	51 907	73 666	48 854	2 616 060	2010
588 513	120 317	32 509	101 151	52 979	76 633	51 682	2 747 810	2011
594 454	123 431	32 673	103 040	55 185	79 364	52 309	2 800 380	2012
605 918	126 025	32 325	105 814	55 677	80 405	54 273	2 867 280	2013
630 719	131 042	33 859	110 874	56 856	83 148	57 025	2 985 170	2014
651 068	135 495	34 668	115 507	57 746	85 223	58 407	3 085 650	2015
666 208	139 159	35 105	119 300	59 283	87 839	60 182	3 196 110	2016
693 415	143 127	36 344	124 057	61 448	93 295	62 203	3 331 110	2017
716 741	145 957	36 828	127 528	62 415	95 819	63 247	3 431 130	2018
731 488	150 496	37 007	132 564	65 330	100 226	64 916	3 534 880	2019
717 488	147 779	35 485	129 382	64 302	99 888	63 946	3 449 620	2020
754 396	167 766	37 027	136 317	67 622	105 676	66 880	3 676 460	2021
806 852	176 870	40 851	147 287	74 191	117 111	71 506	3 953 850	2022
851 036	180 580	42 073	157 889	78 537	122 223	76 786	4 185 550	2023
871 867	184 043	42 589	161 910	79 421	126 829	78 150	4 305 260	2024

3. Arbeitsproduktivität seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätige Person (Inlandskonzept) in EUR									
1991	47 030	43 567	40 095	16 666	47 733	59 766	50 832	17 267	43 995
1992	49 070	46 262	45 040	23 299	48 574	61 359	53 145	23 652	46 025
1993	49 364	47 394	48 521	29 181	48 949	63 805	54 477	28 893	47 145
1994	51 641	49 093	50 512	32 640	50 704	65 681	56 290	32 443	49 048
1995	53 214	50 373	51 774	34 986	52 730	67 824	57 817	34 344	49 012
1996	53 907	51 388	52 173	36 756	53 612	69 794	59 029	35 933	49 345
1997	54 776	52 495	52 422	37 413	55 406	72 918	60 284	37 098	50 119
1998	55 756	53 734	53 157	38 610	56 412	74 171	61 072	37 465	51 430
1999	56 853	54 697	53 762	40 393	56 372	74 196	62 713	38 364	51 651
2000	56 691	55 708	53 250	41 515	57 126	74 550	62 636	38 687	51 824
2001	58 915	57 593	54 477	43 624	58 864	78 463	64 752	40 228	53 007
2002	59 358	59 166	55 370	45 049	60 475	80 155	65 362	40 986	52 665
2003	60 669	59 660	55 813	46 250	62 521	81 596	68 140	42 065	53 368
2004	61 348	61 685	55 567	47 349	62 834	83 474	69 066	42 696	54 442
2005	61 883	62 571	56 920	48 589	64 358	84 785	69 908	42 971	56 171
2006	65 453	64 751	58 330	50 692	66 605	84 903	72 073	43 976	58 476
2007	67 911	66 613	59 662	51 692	67 794	85 936	73 952	45 406	60 066
2008	67 727	66 050	61 203	52 647	68 153	86 609	74 130	46 088	60 749
2009	63 330	64 653	60 439	50 896	62 600	82 809	70 939	45 549	57 900
2010	68 531	67 682	61 999	53 037	66 235	84 622	73 090	47 070	61 042
2011	71 612	71 107	64 604	54 922	67 464	84 844	75 684	49 749	63 570
2012	72 069	71 787	64 192	56 332	69 372	85 446	75 068	50 705	64 045
2013	73 085	73 224	65 074	57 618	70 130	88 185	76 645	52 227	64 199
2014	74 980	75 405	67 250	60 644	72 186	89 380	79 061	54 123	66 450
2015	77 537	77 487	69 605	61 529	73 458	92 355	80 357	54 951	66 576
2016	78 922	79 322	71 396	62 458	74 577	92 619	82 635	55 985	70 670
2017	81 592	81 635	73 150	64 777	76 005	96 379	83 714	59 862	71 576
2018	83 594	82 274	75 160	65 814	76 608	97 188	84 235	59 782	73 349
2019	84 517	84 218	77 033	68 315	76 176	100 102	85 771	63 333	75 175
2020	82 261	82 631	76 958	67 870	74 641	95 982	83 826	62 515	73 743
2021	88 434	87 842	82 086	71 893	81 872	106 237	89 118	66 188	77 024
2022	93 591	92 881	85 571	78 383	88 172	117 567	93 073	73 083	81 471
2023	98 349	98 393	90 348	84 155	90 784	113 838	98 279	77 607	87 055
2024	101 064	100 280	94 239	85 182	93 134	118 823	101 625	80 904	89 834

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) je erwerbstätige Person (Inlandskonzept) in EUR

47 267	45 493	44 557	16 367	16 169	41 964	13 994	40 944	1991
49 418	47 414	46 181	23 310	22 773	44 009	21 885	44 572	1992
50 378	47 852	46 170	29 114	28 648	45 224	27 395	46 411	1993
52 396	49 686	48 425	32 832	32 279	46 750	31 128	48 521	1994
54 280	51 146	49 951	34 998	33 658	48 056	32 367	49 938	1995
54 262	50 985	48 610	36 325	35 681	48 647	33 998	50 669	1996
55 101	52 386	49 506	36 742	37 206	49 806	35 348	51 707	1997
55 564	52 228	49 606	37 386	37 876	50 326	35 571	52 528	1998
55 073	52 739	49 403	38 178	38 935	50 089	36 225	53 092	1999
54 530	52 343	49 666	38 292	40 094	50 100	37 055	53 273	2000
56 029	52 484	51 061	40 500	41 809	51 506	38 881	55 074	2001
57 188	53 321	51 174	42 375	43 900	51 145	40 241	56 041	2002
57 913	54 290	52 005	43 548	44 763	52 476	42 072	57 097	2003
59 115	55 426	53 848	44 693	45 718	53 537	42 770	58 243	2004
59 981	55 622	56 392	45 094	46 382	54 101	43 200	59 145	2005
61 827	57 502	58 963	46 920	48 040	55 222	44 731	61 255	2006
64 299	58 812	61 454	48 296	49 483	55 643	45 872	63 112	2007
64 879	58 747	61 852	48 542	49 847	56 532	46 094	63 393	2008
62 670	57 254	56 416	47 451	47 871	54 809	44 603	60 995	2009
64 183	60 420	59 098	49 165	50 633	55 847	46 789	63 653	2010
65 982	62 371	61 771	51 339	51 930	57 540	49 297	66 101	2011
65 950	63 447	61 987	51 849	54 361	59 167	49 867	66 573	2012
66 781	64 519	61 817	52 939	55 135	59 681	52 015	67 660	2013
68 933	66 563	64 793	55 282	56 612	61 285	54 838	69 819	2014
70 485	68 364	66 212	57 733	57 699	62 211	56 185	71 531	2015
71 366	69 626	66 366	59 101	59 120	63 189	57 808	73 161	2016
73 394	70 911	68 228	60 817	61 063	66 218	59 594	75 211	2017
74 908	71 621	68 784	61 970	61 961	67 173	60 447	76 455	2018
75 730	73 399	69 040	64 207	64 874	69 527	62 159	78 048	2019
74 800	72 843	67 177	63 099	64 537	69 500	62 156	76 716	2020
78 362	82 553	70 534	66 449	67 935	73 116	65 416	81 603	2021
82 568	86 049	77 582	71 181	74 455	80 041	69 642	86 565	2022
86 610	87 478	79 889	76 129	79 050	82 861	74 836	90 968	2023
88 602	89 299	81 517	78 303	80 291	85 568	76 787	93 426	2024

4. Arbeitnehmerentgelt (Inlandskonzept) seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt in Mio. EUR (Inlandskonzept)									
1991	129 363	139 189	38 312	15 496	10 315	29 394	76 907	10 564	74 313
1992	139 328	152 172	41 821	17 725	10 945	31 783	83 540	11 990	80 548
1993	138 888	155 597	44 434	19 762	11 060	32 371	85 194	13 386	81 853
1994	141 131	159 789	45 545	21 735	11 132	33 035	86 730	14 740	83 166
1995	146 309	164 946	47 042	23 534	11 273	33 500	89 477	16 017	86 472
1996	147 995	166 344	46 765	23 927	11 218	33 628	90 307	16 137	87 076
1997	149 412	167 907	45 961	24 000	11 236	33 619	90 275	15 991	87 762
1998	153 445	173 501	46 404	24 040	11 360	34 188	92 210	16 082	89 557
1999	159 193	179 295	46 661	24 492	11 590	34 774	94 993	16 491	92 213
2000	167 926	188 214	47 788	24 797	11 876	36 015	99 973	16 662	96 298
2001	172 811	193 740	47 717	24 633	12 141	37 003	102 336	16 528	97 263
2002	175 132	196 061	47 346	24 490	12 147	37 147	103 664	16 513	97 878
2003	177 127	197 066	46 831	24 275	12 388	37 228	104 737	16 449	99 081
2004	177 907	198 457	46 779	24 266	12 385	37 506	104 761	16 395	99 236
2005	178 525	199 365	46 373	24 096	12 433	38 175	104 521	16 358	97 936
2006	183 199	204 184	46 936	24 447	12 833	39 031	107 082	16 510	100 782
2007	188 578	211 696	48 179	25 299	13 202	40 285	110 829	17 046	102 848
2008	195 408	221 123	50 042	26 197	13 769	42 348	115 843	17 569	106 299
2009	192 241	221 319	51 362	26 826	13 825	43 551	115 569	18 060	108 654
2010	198 837	229 981	53 206	27 631	14 109	44 314	117 729	18 452	112 065
2011	208 220	241 296	55 558	28 608	14 720	45 983	122 658	18 974	117 391
2012	217 532	252 973	57 668	29 235	15 258	48 299	126 537	19 633	122 227
2013	225 218	261 949	59 715	30 104	15 868	50 515	129 645	19 975	126 330
2014	233 516	273 929	62 915	31 192	16 343	52 416	134 836	20 741	132 187
2015	243 440	286 605	66 823	32 560	16 849	54 538	140 070	21 697	137 464
2016	253 421	299 585	70 832	33 817	17 565	56 769	145 151	22 604	142 361
2017	265 428	314 329	75 874	35 518	18 268	58 778	151 650	23 498	148 148
2018	277 451	328 583	81 089	37 153	18 772	61 625	159 114	24 596	156 055
2019	289 133	344 292	87 047	38 900	19 383	64 964	165 887	25 863	163 161
2020	284 319	341 715	89 388	39 700	19 103	64 874	164 658	26 181	163 154
2021	294 583	353 890	95 333	41 426	19 622	67 548	170 708	26 980	167 912
2022	311 209	376 667	103 422	44 012	20 898	72 337	180 521	28 621	176 809
2023	332 338	402 730	111 678	47 324	22 285	78 169	193 938	30 617	188 680
2024	350 861	426 226	117 913	49 524	23 670	83 342	206 962	31 977	198 300

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
Arbeitnehmerentgelt in Mio. EUR (Inlandskonzept)								
203 587	38 467	11 698	28 536	15 810	26 049	15 029	863 029	1991
218 703	41 626	12 527	31 788	17 905	28 163	16 249	936 814	1992
220 917	42 187	12 605	35 187	20 100	28 674	18 017	960 233	1993
223 577	43 371	12 824	38 675	21 977	29 511	19 618	986 556	1994
230 146	44 946	13 192	42 366	23 651	30 637	20 976	1 024 485	1995
232 744	45 488	13 285	43 123	23 685	31 049	21 218	1 033 988	1996
234 902	45 799	13 295	42 689	23 367	31 139	21 238	1 038 590	1997
240 142	46 807	13 654	42 873	23 448	31 286	21 870	1 060 868	1998
246 676	47 936	14 111	43 752	23 648	32 150	22 861	1 090 834	1999
256 472	50 084	14 808	44 180	23 229	33 275	23 036	1 134 632	2000
258 407	50 674	15 281	43 993	22 958	33 766	23 056	1 152 309	2001
259 910	51 074	15 111	43 910	22 893	33 962	23 049	1 160 285	2002
259 785	51 503	15 221	44 393	22 888	33 948	23 078	1 165 998	2003
261 321	51 853	15 470	44 577	22 946	33 744	23 360	1 170 964	2004
260 331	51 584	15 456	43 879	22 662	33 528	23 212	1 168 433	2005
261 892	52 430	15 603	44 885	23 085	33 785	23 664	1 190 349	2006
267 410	53 709	15 914	46 357	23 585	34 699	24 369	1 224 004	2007
277 902	55 403	16 083	48 166	24 597	35 715	25 248	1 271 712	2008
279 929	56 174	15 851	48 633	25 264	36 241	25 281	1 278 780	2009
287 139	57 451	16 564	50 428	26 109	36 970	26 119	1 317 103	2010
299 313	59 325	17 268	52 116	26 844	38 153	27 034	1 373 460	2011
311 405	61 352	17 578	54 053	27 696	39 329	28 032	1 428 808	2012
317 309	63 742	17 991	55 783	28 094	40 424	28 779	1 471 443	2013
330 902	65 902	18 384	58 046	29 040	41 640	29 881	1 531 870	2014
341 835	68 065	18 764	60 914	30 142	43 212	31 026	1 594 004	2015
353 910	70 212	19 242	63 533	31 175	45 044	32 180	1 657 401	2016
368 541	72 903	19 856	66 400	32 478	47 064	33 653	1 732 387	2017
386 757	76 259	20 707	69 725	33 759	49 536	34 922	1 816 102	2018
403 744	79 384	21 216	73 084	35 039	51 780	36 187	1 899 063	2019
403 360	79 258	20 741	73 810	35 503	52 240	36 053	1 894 056	2020
417 553	81 878	21 222	76 269	36 633	54 218	37 259	1 963 032	2021
440 289	87 896	22 414	80 975	38 304	57 691	39 589	2 081 653	2022
467 439	92 422	23 876	87 342	40 846	61 573	42 312	2 223 568	2023
493 955	97 271	24 992	90 970	42 750	65 579	43 760	2 348 052	2024

5. Lohnkosten seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)									
1991	27 716	26 387	24 231	13 690	27 514	31 147	28 684	13 202	25 196
1992	29 511	28 395	27 045	17 862	28 931	33 251	30 741	16 915	26 840
1993	29 977	29 298	29 034	20 664	29 768	34 205	31 705	19 425	27 441
1994	30 808	30 104	30 192	22 126	30 390	35 031	32 488	20 856	27 814
1995	31 914	31 094	31 292	23 412	31 506	35 954	33 653	22 020	28 608
1996	32 108	31 470	31 784	23 897	31 794	36 381	33 917	22 459	28 844
1997	32 283	31 744	32 056	24 075	31 673	36 739	34 073	22 657	29 022
1998	32 629	32 101	32 636	24 344	32 158	37 119	34 484	22 890	29 339
1999	33 210	32 522	32 810	24 846	32 600	37 294	34 864	23 296	29 489
2000	33 899	33 248	32 991	25 281	32 436	37 833	35 628	23 592	29 831
2001	34 615	33 938	33 428	25 880	33 126	38 637	36 366	24 114	30 269
2002	35 106	34 433	33 853	26 313	33 316	39 149	37 005	24 556	30 475
2003	35 942	35 103	34 266	26 614	34 381	39 751	38 027	25 080	31 088
2004	36 105	35 436	34 340	26 703	34 541	39 931	38 083	25 195	31 024
2005	36 279	35 545	34 319	27 001	35 023	40 283	38 221	25 392	30 834
2006	37 033	36 069	34 258	27 267	35 613	40 867	38 987	25 446	31 524
2007	37 456	36 662	34 386	27 634	35 844	41 299	39 685	25 767	31 575
2008	38 150	37 633	35 002	28 267	36 791	42 169	40 885	26 339	32 099
2009	37 778	37 516	35 446	28 643	37 114	42 729	40 779	26 933	32 519
2010	39 013	38 602	36 337	29 333	37 911	43 212	41 489	27 668	33 307
2011	40 276	39 734	37 536	30 325	39 002	44 290	42 636	28 711	34 325
2012	41 428	40 855	37 985	30 865	39 757	45 526	43 408	29 742	35 197
2013	42 371	41 725	38 517	31 730	41 114	46 883	44 237	30 225	35 974
2014	43 368	42 967	39 715	32 778	42 043	48 119	45 380	31 218	37 138
2015	44 659	44 219	41 205	34 203	43 104	49 492	46 469	32 581	38 173
2016	45 731	45 343	42 329	35 084	44 258	50 572	47 411	33 680	38 930
2017	47 069	46 611	43 854	36 234	45 533	51 605	48 605	34 645	39 900
2018	48 401	47 799	45 540	37 420	46 233	53 095	50 046	35 931	41 415
2019	49 904	49 379	47 540	38 872	47 337	54 916	51 501	37 489	42 774
2020	49 443	49 225	48 728	39 793	47 026	54 907	51 409	38 206	42 962
2021	51 127	50 846	51 186	41 048	48 279	56 958	53 052	39 292	44 010
2022	53 209	53 188	53 400	42 943	50 456	59 407	55 142	41 428	45 695
2023	56 196	56 192	56 599	45 971	53 254	62 768	58 574	44 261	48 435
2024	59 142	59 083	59 414	48 106	56 516	66 186	62 081	46 372	50 765

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer in EUR (Inlandskonzept)

27 567	25 909	26 427	13 359	13 010	24 052	12 973	24 441	1991
29 332	27 795	28 077	17 302	16 798	25 672	16 694	26 956	1992
30 104	28 424	28 696	19 954	19 450	26 380	19 097	28 079	1993
30 835	29 199	29 370	21 372	20 920	27 254	20 357	28 902	1994
31 848	30 044	30 072	22 748	22 185	28 143	21 525	29 913	1995
32 088	30 201	30 263	23 163	22 651	28 420	22 036	30 228	1996
32 206	30 330	30 387	23 346	22 870	28 584	22 315	30 430	1997
32 305	30 519	30 574	23 552	23 042	28 604	22 518	30 717	1998
32 423	30 582	30 670	23 981	23 487	28 821	23 103	31 048	1999
32 652	31 031	31 170	24 372	23 573	29 193	23 532	31 550	2000
33 071	31 394	32 200	24 889	24 028	29 619	24 158	32 154	2001
33 448	31 519	31 988	25 219	24 500	30 050	24 731	32 581	2002
33 886	32 106	32 579	25 793	24 922	30 533	25 422	33 208	2003
34 012	32 048	33 025	26 060	25 178	30 394	25 637	33 351	2004
34 056	31 896	32 988	26 101	25 364	30 347	25 771	33 440	2005
34 121	32 232	33 351	26 458	25 594	30 309	26 108	33 844	2006
34 270	32 404	33 716	26 848	25 733	30 624	26 415	34 179	2007
35 081	32 914	33 743	27 678	26 545	31 090	27 148	34 964	2008
35 398	33 338	33 489	28 121	27 273	31 366	27 443	35 122	2009
36 191	33 938	34 773	29 012	28 122	31 927	28 206	36 005	2010
37 214	34 661	35 792	29 931	29 052	32 678	29 083	37 081	2011
38 260	35 462	36 337	30 760	30 104	33 437	30 115	38 063	2012
38 721	36 615	37 383	31 507	30 646	34 133	30 972	38 848	2013
40 046	37 504	38 106	32 554	31 870	34 833	32 166	40 007	2014
40 918	38 410	38 832	34 140	33 173	35 703	33 365	41 164	2015
41 796	39 215	39 550	35 194	34 146	36 529	34 404	42 145	2016
42 857	40 183	40 504	36 278	35 313	37 483	35 697	43 313	2017
44 254	41 470	41 931	37 612	36 591	38 872	36 859	44 678	2018
45 615	42 748	42 904	39 145	37 955	40 151	38 224	46 155	2019
45 790	43 056	42 620	39 723	38 827	40 590	38 637	46 279	2020
47 147	44 293	43 835	40 950	40 011	41 748	40 077	47 761	2021
48 908	46 872	45 990	42 985	41 689	43 744	42 266	49 823	2022
51 563	49 003	48 886	46 118	44 524	46 303	45 185	52 737	2023
54 322	51 585	51 459	48 069	46 662	49 055	47 060	55 499	2024

6. Investitionsquote seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)									
1991	24,5	28,1	22,4	41,1	18,2	16,6	21,9	49,2	27,8
1992	24,0	27,3	22,9	44,4	17,5	18,1	21,3	61,1	26,2
1993	22,9	24,5	21,8	49,2	18,4	17,1	20,4	59,6	23,9
1994	21,7	25,1	20,3	51,5	14,8	15,3	18,4	57,0	23,6
1995	20,4	24,7	20,4	46,6	14,0	14,0	18,8	54,6	23,4
1996	20,3	24,3	24,4	47,8	15,0	13,8	17,5	47,8	22,9
1997	19,8	22,7	27,9	44,7	14,5	14,5	18,1	43,4	23,6
1998	20,2	23,5	22,8	43,6	15,6	15,4	18,4	40,2	24,7
1999	20,3	23,3	22,0	40,3	17,5	14,5	18,5	36,9	26,1
2000	21,1	24,0	20,5	36,8	17,6	16,0	18,3	34,8	26,4
2001	21,5	22,8	18,8	30,2	16,5	17,6	18,6	29,7	25,1
2002	20,4	21,4	16,0	26,6	16,6	18,7	16,9	25,9	23,6
2003	19,1	22,0	14,3	23,6	12,8	17,9	16,1	25,0	24,5
2004	19,7	21,1	15,4	23,2	15,1	20,9	16,1	24,6	21,5
2005	19,1	20,1	17,2	22,5	13,9	22,0	17,7	26,3	19,7
2006	20,0	23,3	16,8	22,7	14,5	22,8	17,1	27,0	20,4
2007	20,2	22,6	17,4	21,2	14,7	25,0	18,0	22,5	21,2
2008	21,0	22,8	16,8	21,7	14,8	25,7	19,7	23,2	20,5
2009	20,2	21,1	16,3	19,3	13,9	19,5	16,4	20,4	22,3
2010	19,5	21,3	16,6	19,8	14,3	23,6	17,3	21,7	22,0
2011	20,3	22,8	15,8	19,9	14,0	20,5	18,8	23,6	23,7
2012	21,4	22,5	17,7	21,6	18,3	20,1	17,5	23,2	24,0
2013	20,7	22,2	17,6	20,5	16,1	20,4	17,5	20,2	24,1
2014	20,4	22,7	18,7	21,1	13,8	20,9	17,0	21,1	24,2
2015	20,7	22,8	19,1	21,8	16,8	21,0	16,7	21,6	24,7
2016	20,8	22,6	18,9	23,1	16,3	19,3	17,6	23,6	24,5
2017	21,8	23,2	18,3	23,1	14,0	15,3	18,0	22,3	25,2
2018	22,9	24,0	18,9	24,3	16,0	17,3	18,2	24,8	24,8
2019	23,0	24,1	18,6	23,8	16,5	17,6	18,3	26,5	27,1
2020	22,8	24,9	18,4	25,2	15,4	17,4	19,6	25,5	27,0
2021	22,7	23,6	17,3	24,6	15,7	16,2	18,9	22,1	29,7
2022	22,8	24,8	20,4	23,7	15,6	15,9	21,1	25,9	29,8

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt in % (in jeweiligen Preisen)

20,5	23,5	20,7	42,4	42,6	21,7	45,5	24,8	1991
20,1	22,4	20,2	41,2	53,8	22,2	52,0	25,0	1992
18,3	21,7	18,6	39,1	53,1	21,2	55,2	24,0	1993
17,8	22,5	19,6	46,1	54,5	21,9	55,2	24,0	1994
17,0	22,7	20,6	45,8	52,6	22,8	49,9	23,5	1995
17,1	20,9	21,0	45,3	44,6	21,3	39,3	22,9	1996
17,0	21,5	21,1	42,8	41,5	21,6	38,5	22,6	1997
17,6	22,6	24,4	38,8	40,7	22,9	36,5	22,7	1998
19,0	22,9	23,4	35,9	36,3	23,6	37,7	22,8	1999
19,5	23,6	23,1	35,0	33,4	22,7	33,6	22,9	2000
18,8	21,5	18,4	26,9	25,5	20,3	31,3	21,5	2001
16,9	21,4	18,7	22,8	22,8	18,2	26,1	19,9	2002
16,1	19,2	18,5	22,5	21,9	18,0	26,1	19,3	2003
15,5	18,5	15,6	22,9	22,0	17,1	22,1	18,8	2004
16,4	18,2	14,9	20,9	20,2	17,1	22,6	18,8	2005
15,9	19,0	15,9	20,5	18,7	19,6	22,9	19,5	2006
16,0	19,8	16,4	23,3	19,2	19,6	23,6	19,7	2007
16,0	19,6	16,2	21,8	19,3	19,6	25,7	20,0	2008
15,6	20,0	14,6	20,5	20,9	18,2	21,7	18,8	2009
15,7	19,4	17,7	22,2	19,5	21,0	20,9	19,2	2010
16,4	20,6	17,1	23,3	18,5	22,4	21,5	20,0	2011
15,7	20,0	16,5	22,7	19,2	21,3	21,2	20,0	2012
15,6	20,6	17,3	21,0	18,5	18,7	19,6	19,6	2013
15,9	21,0	17,5	20,6	18,2	21,4	19,6	19,8	2014
15,5	20,6	17,9	19,0	18,9	20,6	18,7	19,8	2015
15,9	20,3	17,0	20,8	19,0	23,2	20,3	20,0	2016
16,4	20,8	16,2	19,5	18,8	21,4	18,5	20,1	2017
16,7	22,7	17,4	20,1	18,9	21,6	19,5	20,8	2018
16,5	21,8	19,0	21,4	20,0	23,2	19,6	21,2	2019
16,5	21,8	17,4	21,8	19,6	22,8	20,0	21,3	2020
17,0	22,0	18,1	21,1	21,5	21,7	19,5	21,2	2021
16,2	22,7	18,1	21,4	20,6	23,2	19,9	21,7	2022

7. Kapitalstock seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
------	-------------------	--------	--------	-------------	--------	---------	--------	------------------------	---------------

Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2020 = 100)

1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017
2018
2019
2020
2021
2022

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlagevermögen (Anlagen) am Jahresende (preisbereinigt, Kettenindex 2020 = 100)

...	1991
...	1992
...	1993
...	1994
...	1995
...	1996
...	1997
...	1998
...	1999
...	2000
...	2001
...	2002
...	2003
...	2004
...	2005
...	2006
...	2007
...	2008
...	2009
...	2010
...	2011
...	2012
...	2013
...	2014
...	2015
...	2016
...	2017
...	2018
...	2019
...	2020
...	2021
...	2022

8. Bruttoanlageinvestitionen – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Bruttoanlageinvestitionen in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	59 703	74 221	15 350	8 168	3 452	10 130	33 002	7 105	40 343
1992	61 722	77 460	17 320	11 008	3 418	11 516	33 898	10 868	40 384
1993	58 194	70 829	17 683	14 811	3 579	11 286	33 082	12 723	37 608
1994	57 123	75 097	17 021	17 870	2 951	10 332	30 582	14 096	38 750
1995	55 515	75 753	17 549	17 745	2 839	9 679	32 035	14 700	38 757
1996	56 462	75 918	20 835	19 093	3 046	9 765	30 611	13 328	38 136
1997	56 141	72 625	23 459	18 196	3 072	10 620	32 258	12 286	40 045
1998	59 271	78 602	19 249	18 217	3 337	11 645	33 540	11 461	43 278
1999	61 656	80 537	18 811	17 696	3 769	11 138	35 353	10 876	46 948
2000	65 967	86 535	17 696	16 629	3 972	12 542	35 715	10 328	49 009
2001	70 296	85 229	16 360	14 004	3 836	14 636	37 760	8 962	47 434
2002	67 214	82 090	13 971	12 499	3 959	15 796	34 385	7 850	44 444
2003	63 671	84 146	12 357	11 209	3 140	15 225	33 668	7 644	46 506
2004	66 505	83 121	13 310	11 330	3 731	18 228	34 344	7 630	41 842
2005	65 081	80 832	15 286	11 179	3 512	19 640	37 953	8 189	39 411
2006	72 381	97 745	15 561	11 816	3 863	20 617	38 113	8 664	42 948
2007	77 210	99 117	16 757	11 495	4 036	23 412	41 649	7 594	46 587
2008	81 258	101 022	17 003	12 146	4 138	24 903	46 173	8 021	46 153
2009	72 812	91 625	16 552	10 556	3 538	18 360	36 875	7 032	48 356
2010	76 079	97 641	17 429	11 372	3 868	22 898	40 149	7 678	50 541
2011	83 949	111 904	17 499	11 828	3 895	20 249	45 675	8 716	57 584
2012	90 108	113 379	19 918	13 199	5 317	20 415	42 716	8 638	59 639
2013	89 359	115 545	20 404	12 794	4 756	21 579	43 880	7 740	60 684
2014	91 577	122 749	22 863	13 827	4 216	22 655	44 454	8 474	63 703
2015	96 882	128 450	24 638	14 545	5 226	23 760	44 965	8 806	65 669
2016	100 711	132 530	25 831	15 888	5 194	22 272	49 279	9 875	69 844
2017	110 366	142 406	26 295	16 671	4 591	18 595	51 967	10 057	73 765
2018	120 486	151 190	28 747	17 975	5 329	21 540	53 631	11 260	75 256
2019	123 350	156 913	29 731	18 389	5 531	22 816	55 492	12 760	85 179
2020	117 766	158 099	29 259	19 166	4 991	21 561	57 527	12 074	82 902
2021	125 865	159 451	29 701	19 950	5 555	22 243	59 145	11 077	95 486
2022	135 507	179 548	37 720	21 258	6 043	24 739	69 990	14 420	102 494

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Bruttoanlageinvestitionen in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)

78 033	17 979	4 472	15 656	8 807	11 116	7 812	395 348	1991
80 716	18 006	4 543	18 907	13 895	12 036	11 921	427 618	1992
74 022	17 416	4 108	21 715	16 849	11 693	15 490	421 089	1993
74 274	18 735	4 531	29 734	19 897	12 514	18 072	441 579	1994
73 385	19 553	4 933	32 357	20 352	13 456	17 201	445 812	1995
74 033	18 077	4 918	33 231	17 985	12 755	14 085	442 275	1996
75 197	19 154	5 043	31 362	17 099	13 282	14 207	444 044	1997
80 157	20 338	5 950	28 895	17 037	14 253	13 850	459 082	1998
87 745	21 274	5 822	27 480	15 461	14 892	14 847	474 306	1999
91 511	22 303	5 947	26 789	14 340	14 592	13 455	487 329	2000
90 363	20 466	4 850	21 320	11 127	13 488	12 859	472 991	2001
82 549	20 785	4 917	18 672	10 267	11 895	10 860	442 153	2002
78 651	18 758	4 923	18 851	9 913	11 908	11 097	431 667	2003
77 887	18 633	4 315	19 649	10 145	11 541	9 603	431 813	2004
83 628	18 495	4 336	17 994	9 339	11 675	9 856	436 406	2005
83 828	20 093	4 842	18 516	9 047	13 725	10 434	472 193	2006
89 369	21 859	5 213	21 958	9 703	14 057	11 187	501 203	2007
91 366	21 978	5 207	20 782	9 895	14 526	12 328	516 899	2008
85 593	21 844	4 278	19 010	10 256	13 127	10 006	469 819	2009
88 924	22 453	5 456	21 480	10 136	15 435	10 230	501 768	2010
96 262	24 776	5 545	23 578	9 815	17 194	11 136	549 605	2011
93 500	24 685	5 396	23 377	10 589	16 936	11 101	558 913	2012
94 616	26 015	5 598	22 266	10 292	15 024	10 623	561 175	2013
100 233	27 491	5 929	22 876	10 344	17 834	11 179	590 405	2014
101 134	27 974	6 220	21 982	10 919	17 516	10 932	609 619	2015
106 214	28 240	5 963	24 782	11 275	20 343	12 202	640 443	2016
113 418	29 808	5 884	24 195	11 566	19 996	11 506	671 086	2017
119 532	33 153	6 393	25 580	11 813	20 674	12 320	714 880	2018
120 878	32 747	7 022	28 350	13 096	23 217	12 744	748 216	2019
118 530	32 202	6 157	28 148	12 588	22 735	12 770	736 476	2020
127 896	36 876	6 696	28 740	14 528	22 964	13 031	779 205	2021
130 911	40 071	7 377	31 499	15 278	27 196	14 201	858 253	2022

9. Verfügbares Einkommen seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Verfügbares Einkommen¹⁾ in Mio. EUR									
1991	142 762	163 887	45 138	19 594	9 048	24 585	79 539	12 876	94 095
1992	151 347	174 557	47 412	23 810	9 431	25 925	84 162	15 512	100 687
1993	153 443	179 756	49 451	26 859	9 507	26 369	86 714	17 665	103 829
1994	156 078	185 072	50 150	28 828	9 435	26 726	88 702	18 941	106 895
1995	157 941	188 936	52 439	29 616	9 394	27 562	90 939	19 876	108 913
1996	161 849	193 032	51 577	31 151	9 579	28 092	92 938	20 416	111 355
1997	165 814	197 034	50 588	31 893	9 860	28 713	94 080	20 709	112 823
1998	168 944	201 850	49 671	32 717	10 112	29 096	95 919	20 930	113 878
1999	174 926	208 132	50 672	33 974	10 337	29 784	98 560	21 768	117 750
2000	178 587	212 309	50 680	34 830	10 478	30 044	100 453	22 196	119 691
2001	188 595	223 889	51 652	36 157	10 984	31 962	105 894	22 981	125 100
2002	190 635	225 388	51 567	36 984	10 842	31 871	106 677	23 635	126 185
2003	197 293	232 582	51 405	37 699	11 052	34 463	108 886	23 778	130 120
2004	201 258	238 764	53 074	38 444	10 810	34 024	110 899	24 316	131 184
2005	206 957	244 642	53 624	39 227	11 582	36 173	112 525	24 538	134 563
2006	213 339	251 266	55 265	40 095	11 796	37 006	116 113	25 005	137 814
2007	217 837	258 334	55 921	40 815	12 185	37 318	117 871	25 216	140 125
2008	222 119	263 707	57 424	41 664	12 835	37 479	119 362	25 923	142 850
2009	217 322	259 009	58 601	42 655	12 378	36 423	119 811	26 229	144 251
2010	222 858	267 662	59 277	42 724	12 332	37 382	122 993	26 317	146 784
2011	231 780	278 548	60 892	43 874	12 482	38 836	126 176	26 849	152 000
2012	237 653	286 510	62 291	44 031	12 930	39 640	129 289	27 349	155 901
2013	241 215	290 462	63 787	45 054	13 083	40 767	130 591	27 820	157 978
2014	249 736	300 515	65 402	46 177	13 313	40 797	134 850	28 377	162 211
2015	257 290	308 084	68 572	47 382	13 591	42 707	139 894	29 236	166 611
2016	265 187	321 408	70 732	49 333	13 978	44 804	143 672	30 250	170 477
2017	275 441	330 410	75 056	52 070	14 513	45 146	147 703	31 719	176 801
2018	285 096	345 170	77 915	54 064	14 984	47 336	153 521	32 962	184 069
2019	290 029	354 657	80 992	55 826	15 476	47 812	155 938	34 330	189 561
2020	286 888	350 670	81 761	57 832	15 260	47 091	155 555	35 310	189 554
2021	295 912	362 077	84 284	59 627	15 619	48 192	160 373	36 205	194 762
2022	319 499	393 732	91 229	64 003	16 852	52 407	171 397	39 179	210 522
2023	342 028	422 502	98 774	68 146	17 928	56 312	184 661	41 245	224 450

1) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen¹⁾ in Mio. EUR

240 395	50 055	12 633	34 870	19 929	36 209	18 856	1 004 473	1991
252 125	53 275	13 468	41 587	23 632	38 247	21 931	1 077 107	1992
259 166	54 687	13 877	46 792	26 899	39 231	24 709	1 118 953	1993
264 693	56 478	14 281	50 283	29 046	40 266	26 280	1 152 154	1994
268 499	57 062	14 115	52 752	30 418	40 958	27 424	1 176 844	1995
272 874	58 593	14 394	54 684	31 209	42 127	28 364	1 202 234	1996
276 849	59 402	14 449	55 031	31 391	42 728	28 761	1 220 125	1997
279 714	60 505	14 629	55 660	31 791	42 984	29 615	1 238 017	1998
286 310	62 440	15 217	57 658	32 883	44 221	31 040	1 275 673	1999
290 314	64 256	15 786	58 636	33 148	44 616	31 567	1 297 591	2000
301 104	67 394	16 664	60 574	33 940	46 471	32 705	1 356 068	2001
303 269	67 793	16 637	62 003	34 337	47 127	33 176	1 368 128	2002
312 705	69 859	16 939	63 333	34 836	49 170	33 746	1 407 865	2003
319 120	72 450	17 596	64 213	35 043	49 842	34 256	1 435 292	2004
322 702	74 013	17 860	64 114	35 173	51 384	34 229	1 463 306	2005
327 109	76 127	17 811	65 678	35 762	52 024	35 100	1 497 311	2006
330 163	77 826	17 959	66 929	36 089	53 204	35 626	1 523 419	2007
339 772	78 169	18 299	68 021	36 948	54 090	36 179	1 554 841	2008
332 305	80 067	18 253	68 846	37 601	54 740	36 398	1 544 891	2009
341 794	79 893	18 690	69 638	37 887	55 248	36 600	1 578 079	2010
350 534	81 640	19 128	70 938	38 604	56 933	37 482	1 626 697	2011
355 129	82 863	19 317	72 208	39 127	58 627	37 946	1 660 811	2012
358 209	82 863	19 424	73 287	39 410	59 539	38 499	1 681 988	2013
366 632	84 677	19 405	74 615	40 144	60 820	38 986	1 726 657	2014
376 864	87 476	19 966	77 299	41 134	63 126	40 044	1 779 274	2015
386 373	89 771	20 487	79 742	42 279	64 616	41 303	1 834 411	2016
398 161	91 848	21 162	82 783	43 996	67 771	42 808	1 897 386	2017
414 840	96 012	21 863	85 922	45 153	70 254	44 624	1 973 784	2018
423 794	98 076	22 663	88 528	46 535	72 174	45 666	2 022 057	2019
427 227	98 957	22 174	89 980	47 697	72 866	46 550	2 025 371	2020
440 157	101 433	22 768	91 848	48 749	75 462	47 718	2 085 187	2021
473 318	109 148	24 312	98 796	51 878	82 029	51 493	2 249 794	2022
504 154	116 689	25 999	105 245	54 795	86 994	54 678	2 404 603	2023

10. Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Verfügbares Einkommen¹⁾ je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR									
1991	14 415	14 229	13 136	7 655	13 258	14 821	13 719	6 751	12 668
1992	15 059	14 959	13 765	9 373	13 787	15 496	14 332	8 266	13 398
1993	15 119	15 243	14 331	10 593	13 915	15 641	14 619	9 542	13 672
1994	15 309	15 605	14 557	11 392	13 877	15 811	14 894	10 330	13 962
1995	15 450	15 854	15 270	11 703	13 860	16 319	15 228	10 908	14 118
1996	15 775	16 126	15 088	12 278	14 166	16 660	15 515	11 259	14 356
1997	16 122	16 420	14 940	12 506	14 655	17 083	15 689	11 478	14 498
1998	16 407	16 803	14 844	12 752	15 151	17 393	15 998	11 669	14 599
1999	16 944	17 273	15 278	13 183	15 625	17 847	16 423	12 209	15 057
2000	17 239	17 526	15 363	13 497	15 942	17 964	16 706	12 540	15 261
2001	18 120	18 361	15 699	14 045	16 767	19 033	17 587	13 103	15 908
2002	18 219	18 378	15 692	14 433	16 538	18 949	17 697	13 608	16 008
2003	18 797	18 904	15 686	14 778	16 827	20 492	18 060	13 813	16 484
2004	19 146	19 373	16 251	15 125	16 456	20 245	18 400	14 240	16 613
2005	19 671	19 825	16 447	15 492	17 638	21 517	18 681	14 488	17 055
2006	20 281	20 333	16 953	15 910	17 965	21 940	19 328	14 890	17 501
2007	20 719	20 873	17 147	16 284	18 576	22 000	19 669	15 153	17 832
2008	21 142	21 297	17 584	16 720	19 612	22 031	19 950	15 730	18 234
2009	20 715	20 938	17 924	17 215	18 948	21 441	20 059	16 069	18 477
2010	21 264	21 633	18 104	17 323	18 908	21 968	20 604	16 246	18 850
2011	22 084	22 439	18 440	17 855	19 149	22 685	21 094	16 668	19 546
2012	22 546	22 955	18 591	17 962	19 787	22 963	21 530	17 054	20 047
2013	22 756	23 122	18 769	18 394	19 941	23 425	21 653	17 405	20 293
2014	23 397	23 760	18 980	18 821	20 183	23 252	22 217	17 760	20 773
2015	23 827	24 130	19 620	19 173	20 386	24 059	22 802	18 207	21 152
2016	24 294	24 940	19 939	19 815	20 705	24 906	23 193	18 771	21 481
2017	25 068	25 487	20 883	20 833	21 346	24 798	23 715	19 690	22 227
2018	25 809	26 476	21 469	21 557	21 971	25 784	24 546	20 468	23 088
2019	26 164	27 072	22 146	22 181	22 688	25 925	24 843	21 337	23 731
2020	25 842	26 703	22 298	22 890	22 419	25 456	24 728	21 939	23 699
2021	26 626	27 516	22 961	23 527	23 026	26 005	25 480	22 474	24 299
2022	28 520	29 664	24 548	25 045	24 759	27 980	27 021	24 188	26 043
2023	30 242	31 525	26 209	26 440	26 048	29 620	28 826	25 321	27 536

1) der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Ausgabenkonzept).

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Verfügbares Einkommen¹⁾ je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR

13 799	13 200	11 758	7 389	6 998	13 736	7 279	12 560	1991
14 351	13 836	12 482	8 937	8 418	14 378	8 580	13 380	1992
14 662	14 015	12 826	10 142	9 666	14 634	9 749	13 823	1993
14 930	14 346	13 209	10 975	10 516	14 953	10 436	14 198	1994
15 101	14 401	13 066	11 577	11 099	15 136	10 962	14 474	1995
15 304	14 698	13 334	12 064	11 470	15 481	11 408	14 757	1996
15 504	14 829	13 418	12 212	11 625	15 622	11 637	14 969	1997
15 665	15 060	13 658	12 442	11 889	15 656	12 061	15 200	1998
16 036	15 519	14 279	12 991	12 430	16 055	12 726	15 667	1999
16 259	15 953	14 862	13 320	12 681	16 137	13 037	15 930	2000
16 852	16 696	15 737	13 894	13 166	16 736	13 625	16 635	2001
16 956	16 749	15 750	14 362	13 504	16 900	13 947	16 771	2002
17 484	17 241	16 085	14 792	13 869	17 582	14 314	17 264	2003
17 857	17 875	16 789	15 105	14 115	17 793	14 656	17 620	2004
18 083	18 262	17 144	15 181	14 332	18 321	14 779	17 991	2005
18 368	18 805	17 218	15 652	14 741	18 540	15 313	18 446	2006
18 586	19 258	17 489	16 067	15 064	18 955	15 712	18 809	2007
19 194	19 404	17 945	16 457	15 630	19 281	16 124	19 252	2008
18 854	19 959	18 038	16 777	16 110	19 542	16 380	19 195	2009
19 457	19 979	18 601	17 077	16 409	19 733	16 608	19 656	2010
19 979	20 450	19 130	17 472	16 879	20 325	17 127	20 264	2011
20 236	20 767	19 394	17 819	17 251	20 905	17 438	20 650	2012
20 396	20 755	19 571	18 103	17 500	21 179	17 777	20 857	2013
20 825	21 154	19 603	18 420	17 921	21 541	18 059	21 321	2014
21 230	21 694	20 120	18 992	18 359	22 190	18 507	21 782	2015
21 612	22 114	20 567	19 529	18 867	22 512	19 083	22 276	2016
22 242	22 568	21 259	20 282	19 732	23 484	19 867	22 955	2017
23 146	23 537	22 032	21 061	20 379	24 282	20 782	23 808	2018
23 623	23 983	22 922	21 725	21 138	24 886	21 357	24 335	2019
23 819	24 159	22 501	22 138	21 802	25 063	21 887	24 355	2020
24 555	24 725	23 158	22 679	22 414	25 875	22 566	25 064	2021
26 249	26 410	24 619	24 307	23 820	27 924	24 314	26 848	2022
27 754	28 005	26 168	25 746	25 094	29 395	25 736	28 452	2023

11. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Private Konsumausgaben¹⁾ in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	123 796	142 082	39 825	18 127	8 058	21 510	69 039	11 994	82 735
1992	131 813	151 898	41 813	21 613	8 440	22 805	73 336	14 169	88 890
1993	134 633	157 215	43 618	24 103	8 524	23 300	76 033	15 967	92 176
1994	138 233	163 238	44 589	25 850	8 520	23 860	78 400	17 055	95 669
1995	140 872	167 758	46 970	26 665	8 578	24 682	80 662	17 929	98 268
1996	144 356	171 400	46 399	28 064	8 829	25 385	82 706	18 473	100 321
1997	148 681	175 733	45 739	28 867	9 190	26 038	84 258	18 906	102 459
1998	152 097	181 089	45 110	29 541	9 375	26 507	86 378	19 087	104 099
1999	158 346	188 113	46 479	31 017	9 670	27 311	89 359	20 026	108 345
2000	163 688	194 190	47 332	32 325	9 951	27 775	92 157	20 850	112 003
2001	170 221	202 042	47 776	33 197	10 280	29 071	95 631	21 385	115 380
2002	171 828	203 404	47 811	34 143	10 211	28 984	96 386	22 047	116 450
2003	177 269	209 006	47 593	34 797	10 280	31 255	98 154	22 136	119 487
2004	180 668	214 582	49 056	35 271	10 111	30 983	99 928	22 550	120 202
2005	185 949	220 206	49 711	36 014	10 913	33 110	101 585	22 871	123 977
2006	192 529	227 025	51 352	36 832	11 160	33 897	104 967	23 345	127 766
2007	196 256	233 104	52 065	37 490	11 513	34 198	106 558	23 615	130 055
2008	200 135	238 011	53 610	38 037	12 145	34 220	108 306	24 230	132 947
2009	197 689	236 128	55 240	39 236	11 797	33 497	109 478	24 674	135 089
2010	202 996	244 025	55 994	39 328	11 708	34 352	112 541	24 825	137 571
2011	211 189	254 123	57 548	40 516	11 919	35 862	115 446	25 410	142 451
2012	217 510	262 613	59 381	41 022	12 425	36 966	118 711	26 136	146 876
2013	221 205	267 014	61 064	42 224	12 627	38 155	120 393	26 783	149 172
2014	227 208	274 583	62 230	43 203	12 810	38 027	123 725	27 190	152 408
2015	233 370	280 706	64 816	44 231	13 130	39 573	128 145	27 941	156 301
2016	240 558	292 974	66 554	45 990	13 333	41 155	131 600	28 755	160 167
2017	248 810	300 405	70 328	48 420	13 804	41 297	134 748	30 100	165 879
2018	255 134	310 557	72 028	50 088	14 117	42 954	139 262	31 228	171 055
2019	261 462	321 404	75 100	51 993	14 703	43 872	142 176	32 766	177 211
2020	243 613	296 926	70 594	50 178	13 744	40 745	133 257	31 705	165 224
2021	256 658	313 444	74 314	53 083	14 385	42 343	141 017	33 200	173 761
2022	289 529	356 167	83 187	59 644	16 255	48 361	157 007	37 521	195 962
2023	308 752	381 220	90 067	63 288	17 210	51 745	167 847	39 153	207 843

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben¹⁾ in Mio. EUR (in jeweiligen Preisen)

210 447	43 735	11 253	32 450	18 567	31 663	17 528	882 809	1991
222 206	46 715	12 085	38 077	21 616	33 557	20 079	949 111	1992
229 315	48 452	12 551	42 328	24 343	34 670	22 329	989 557	1993
236 540	50 515	13 025	45 403	26 251	35 802	23 786	1 026 736	1994
241 435	51 390	12 943	47 673	27 601	36 677	24 909	1 055 011	1995
246 118	52 823	13 301	49 693	28 341	37 822	25 832	1 079 865	1996
250 943	53 713	13 436	50 363	28 771	38 626	26 330	1 102 054	1997
254 937	54 958	13 561	50 727	29 016	39 024	26 958	1 122 463	1998
262 796	57 113	14 186	53 028	30 283	40 329	28 498	1 164 899	1999
270 111	59 538	14 953	55 073	31 180	41 140	29 548	1 201 814	2000
276 145	61 564	15 520	56 307	31 575	42 408	30 289	1 238 791	2001
278 207	62 051	15 504	57 933	32 109	43 016	30 853	1 250 939	2002
285 611	63 456	15 744	58 987	32 451	44 760	31 439	1 282 424	2003
291 519	65 759	16 326	59 556	32 584	45 351	31 773	1 306 221	2004
294 981	67 489	16 589	59 643	32 730	46 884	31 800	1 334 453	2005
300 355	69 480	16 630	61 088	33 361	47 547	32 664	1 369 999	2006
303 639	71 107	16 815	62 337	33 665	48 826	33 123	1 394 366	2007
312 669	71 390	17 072	63 220	34 447	49 550	33 480	1 423 468	2008
308 854	73 766	17 136	64 650	35 306	50 553	34 052	1 427 145	2009
317 927	73 507	17 546	65 525	35 650	51 145	34 290	1 458 929	2010
326 926	75 182	17 978	67 048	36 456	52 734	35 175	1 505 962	2011
333 015	76 851	18 283	68 718	37 273	54 640	35 839	1 546 258	2012
337 604	77 155	18 460	69 987	37 602	55 722	36 584	1 571 749	2013
343 751	78 524	18 385	70 962	38 268	56 518	36 943	1 604 736	2014
352 779	80 910	18 843	73 488	39 268	58 806	38 000	1 650 306	2015
360 096	82 868	19 266	75 909	40 548	60 274	39 291	1 699 336	2016
371 025	84 477	19 810	78 717	42 228	63 054	40 678	1 753 780	2017
382 873	87 666	20 276	81 401	43 054	64 614	42 189	1 808 497	2018
394 034	90 020	21 143	84 472	44 658	66 598	43 503	1 865 115	2019
369 505	85 292	19 512	80 898	42 928	63 077	41 573	1 748 769	2020
388 859	89 764	20 396	84 110	44 650	67 175	43 679	1 840 839	2021
437 744	100 671	22 829	94 624	49 802	76 424	49 368	2 075 093	2022
462 682	106 632	24 273	100 435	52 227	80 319	51 934	2 205 628	2023

12. Private Konsumausgaben – in jeweiligen Preisen – je Einwohnerin bzw. Einwohner seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Private Konsumausgaben ¹⁾ je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)									
1991	12 500	12 336	11 590	7 082	11 808	12 967	11 908	6 289	11 139
1992	13 115	13 017	12 139	8 508	12 338	13 631	12 489	7 551	11 828
1993	13 265	13 332	12 640	9 506	12 475	13 821	12 818	8 625	12 138
1994	13 559	13 764	12 942	10 215	12 532	14 115	13 164	9 301	12 496
1995	13 780	14 077	13 677	10 537	12 656	14 613	13 507	9 839	12 738
1996	14 070	14 319	13 573	11 061	13 057	15 054	13 807	10 188	12 933
1997	14 456	14 645	13 508	11 320	13 659	15 492	14 051	10 479	13 166
1998	14 771	15 074	13 481	11 514	14 047	15 845	14 407	10 642	13 345
1999	15 338	15 611	14 013	12 035	14 616	16 365	14 890	11 232	13 854
2000	15 801	16 030	14 348	12 526	15 141	16 607	15 326	11 779	14 280
2001	16 354	16 570	14 521	12 895	15 692	17 311	15 883	12 193	14 672
2002	16 422	16 585	14 549	13 325	15 576	17 232	15 990	12 694	14 773
2003	16 889	16 987	14 523	13 640	15 650	18 585	16 280	12 859	15 137
2004	17 187	17 411	15 021	13 877	15 392	18 436	16 580	13 206	15 222
2005	17 675	17 845	15 247	14 223	16 619	19 695	16 865	13 504	15 714
2006	18 303	18 371	15 753	14 615	16 996	20 096	17 473	13 902	16 225
2007	18 667	18 835	15 965	14 958	17 551	20 161	17 781	14 191	16 551
2008	19 049	19 221	16 416	15 265	18 558	20 116	18 102	14 703	16 970
2009	18 844	19 088	16 896	15 835	18 058	19 719	18 329	15 116	17 303
2010	19 369	19 723	17 102	15 946	17 951	20 187	18 853	15 325	17 667
2011	20 122	20 472	17 427	16 489	18 286	20 948	19 300	15 774	18 318
2012	20 635	21 040	17 722	16 735	19 014	21 414	19 768	16 298	18 887
2013	20 868	21 256	17 968	17 239	19 247	21 924	19 963	16 756	19 162
2014	21 286	21 710	18 060	17 609	19 420	21 673	20 384	17 017	19 518
2015	21 612	21 986	18 546	17 897	19 694	22 293	20 887	17 401	19 843
2016	22 038	22 734	18 761	18 472	19 749	22 877	21 244	17 843	20 182
2017	22 645	23 172	19 567	19 373	20 303	22 684	21 635	18 685	20 854
2018	23 096	23 821	19 847	19 971	20 699	23 397	22 266	19 392	21 455
2019	23 587	24 533	20 535	20 658	21 555	23 789	22 651	20 365	22 185
2020	21 944	22 610	19 252	19 861	20 192	22 026	21 183	19 699	20 657
2021	23 094	23 820	20 245	20 945	21 207	22 848	22 405	20 609	21 679
2022	25 845	26 834	22 384	23 339	23 881	25 819	24 752	23 164	24 242
2023	27 300	28 445	23 898	24 555	25 004	27 218	26 201	24 036	25 499

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Private Konsumausgaben¹⁾ je Einwohnerin bzw. Einwohner in EUR (in jeweiligen Preisen)

12 080	11 533	10 473	6 876	6 520	12 011	6 766	11 039	1991
12 648	12 133	11 200	8 182	7 700	12 615	7 856	11 790	1992
12 973	12 417	11 601	9 174	8 747	12 933	8 811	12 225	1993
13 342	12 831	12 047	9 910	9 504	13 295	9 445	12 653	1994
13 579	12 969	11 981	10 462	10 071	13 554	9 957	12 976	1995
13 803	13 251	12 322	10 963	10 416	13 900	10 390	13 255	1996
14 053	13 408	12 477	11 176	10 654	14 122	10 653	13 520	1997
14 277	13 679	12 661	11 339	10 851	14 214	10 978	13 782	1998
14 719	14 195	13 312	11 948	11 447	14 642	11 684	14 307	1999
15 127	14 782	14 078	12 511	11 928	14 880	12 203	14 754	2000
15 455	15 252	14 656	12 915	12 248	15 273	12 618	15 197	2001
15 554	15 330	14 677	13 419	12 628	15 426	12 970	15 334	2002
15 969	15 660	14 951	13 777	12 919	16 005	13 335	15 726	2003
16 313	16 224	15 578	14 009	13 125	16 190	13 594	16 036	2004
16 530	16 652	15 924	14 122	13 337	16 717	13 730	16 407	2005
16 866	17 163	16 076	14 558	13 751	16 945	14 251	16 877	2006
17 093	17 595	16 375	14 965	14 052	17 396	14 608	17 216	2007
17 663	17 721	16 742	15 296	14 572	17 663	14 921	17 625	2008
17 524	18 388	16 934	15 755	15 127	18 047	15 324	17 732	2009
18 099	18 382	17 463	16 069	15 441	18 268	15 560	18 172	2010
18 634	18 833	17 980	16 513	15 940	18 826	16 073	18 760	2011
18 976	19 260	18 355	16 958	16 434	19 484	16 470	19 226	2012
19 222	19 326	18 599	17 288	16 697	19 821	16 893	19 490	2013
19 526	19 616	18 573	17 518	17 084	20 018	17 113	19 816	2014
19 873	20 066	18 989	18 056	17 526	20 671	17 562	20 203	2015
20 142	20 414	19 341	18 590	18 095	20 999	18 153	20 636	2016
20 726	20 757	19 901	19 286	18 939	21 849	18 879	21 218	2017
21 363	21 491	20 432	19 953	19 431	22 333	19 649	21 814	2018
21 964	22 013	21 385	20 730	20 285	22 963	20 345	22 446	2019
20 601	20 822	19 800	19 904	19 622	21 696	19 547	21 029	2020
21 694	21 881	20 745	20 768	20 529	23 033	20 656	22 127	2021
24 276	24 359	23 118	23 280	22 867	26 015	23 310	24 763	2022
25 471	25 591	24 431	24 569	23 918	27 140	24 444	26 098	2023

13. Sparen der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden-Württemberg	Bayern	Berlin	Brandenburg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg-Vorpommern	Niedersachsen
Sparen¹⁾ der privaten Haushalte in Mio. EUR									
1991	21 442	24 685	5 853	1 467	1 160	3 490	11 950	882	13 218
1992	22 378	25 962	6 211	2 200	1 185	3 594	12 488	1 345	13 923
1993	21 195	25 310	6 342	2 758	1 144	3 464	12 074	1 700	13 436
1994	20 479	24 897	6 119	2 980	1 090	3 303	11 840	1 888	13 204
1995	20 075	24 681	6 101	2 953	1 015	3 377	12 033	1 949	12 913
1996	20 042	24 606	5 714	3 097	918	3 126	11 720	1 950	12 961
1997	19 792	24 404	5 427	3 088	844	3 109	11 372	1 847	12 377
1998	19 898	24 320	5 231	3 279	935	3 085	11 317	1 915	12 090
1999	19 623	23 570	4 873	3 098	863	2 965	10 970	1 839	11 710
2000	19 572	23 577	4 429	2 753	816	3 015	10 985	1 516	11 158
2001	22 132	26 240	4 776	3 189	929	3 485	12 405	1 751	12 454
2002	22 531	26 338	4 680	3 099	845	3 467	12 392	1 762	12 389
2003	23 857	28 059	4 795	3 206	987	3 798	12 872	1 846	13 309
2004	24 375	28 611	5 024	3 517	903	3 615	13 064	1 994	13 572
2005	25 305	29 467	5 026	3 602	897	3 711	13 300	1 925	13 501
2006	26 209	30 591	5 309	3 764	922	3 929	14 099	1 989	13 711
2007	27 356	32 060	5 358	3 872	981	4 007	14 472	1 957	13 993
2008	28 550	33 483	5 537	4 257	1 043	4 279	14 647	2 103	14 377
2009	26 764	31 394	5 279	4 132	967	4 054	14 258	2 018	14 076
2010	27 059	32 269	5 240	4 144	1 014	4 181	14 414	1 972	14 196
2011	27 688	32 962	5 273	4 109	948	4 112	14 616	1 920	14 477
2012	27 927	33 271	5 040	3 848	926	3 928	14 819	1 748	14 434
2013	27 694	32 733	4 864	3 666	871	3 858	14 379	1 568	14 140
2014	30 573	35 656	5 434	3 851	937	4 071	15 489	1 742	15 363
2015	32 137	37 309	6 086	4 057	903	4 471	16 204	1 866	15 973
2016	32 570	38 033	6 458	4 224	1 073	4 957	16 381	2 049	15 755
2017	35 299	40 496	7 258	4 631	1 177	5 282	17 653	2 231	16 844
2018	38 213	44 592	8 318	4 925	1 311	5 746	18 717	2 322	18 630
2019	37 324	43 862	8 507	4 863	1 246	5 400	18 499	2 200	18 317
2020	51 510	63 732	13 648	8 653	1 962	7 727	26 763	4 218	29 968
2021	48 049	59 292	12 644	7 609	1 714	7 326	24 126	3 656	27 045
2022	39 266	48 883	10 928	5 484	1 108	5 618	19 447	2 344	20 967
2023	41 813	51 711	11 382	5 890	1 188	6 020	21 468	2 716	22 497

1) Das Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) berechnet sich aus dem nicht konsumierten Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein-Westfalen	Rheinland-Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
---------------------	-----------------	----------	---------	----------------	--------------------	-----------	-------------	------

Sparen¹⁾ der privaten Haushalte in Mio. EUR

34 304	7 268	1 649	2 420	1 362	5 205	1 328	137 685	1991
34 891	7 649	1 688	3 515	2 019	5 443	1 854	146 345	1992
34 002	7 151	1 580	4 468	2 559	5 191	2 382	144 758	1993
32 732	6 980	1 536	4 885	2 798	5 159	2 497	142 387	1994
32 291	6 837	1 490	5 084	2 820	5 077	2 517	141 212	1995
31 186	6 760	1 361	5 009	2 879	4 980	2 541	138 849	1996
30 524	6 726	1 292	4 778	2 686	4 809	2 491	135 566	1997
30 069	6 738	1 385	5 113	2 883	4 774	2 756	135 787	1998
28 776	6 514	1 345	4 873	2 745	4 703	2 675	131 143	1999
28 105	6 510	1 300	3 987	2 220	4 695	2 254	126 893	2000
31 174	7 248	1 509	4 656	2 596	5 022	2 633	142 198	2001
31 083	7 124	1 484	4 510	2 486	5 039	2 570	141 801	2002
33 150	7 802	1 544	4 861	2 686	5 344	2 599	150 714	2003
33 450	8 051	1 604	5 237	2 797	5 393	2 814	154 020	2004
34 305	8 059	1 648	5 120	2 821	5 519	2 798	157 003	2005
34 999	8 577	1 653	5 418	2 884	5 762	2 907	162 723	2006
35 363	8 787	1 649	5 491	2 944	5 755	3 015	167 060	2007
37 166	9 130	1 800	5 836	3 099	6 106	3 288	174 701	2008
34 417	8 869	1 740	5 357	2 965	5 909	3 001	165 201	2009
34 942	8 986	1 772	5 332	2 933	5 852	2 995	167 300	2010
34 513	9 012	1 769	5 123	2 841	5 918	2 999	168 280	2011
33 992	8 792	1 708	4 872	2 622	5 869	2 877	166 673	2012
32 274	8 437	1 621	4 679	2 574	5 674	2 676	161 709	2013
35 012	8 987	1 698	5 105	2 676	6 234	2 836	175 665	2014
36 420	9 433	1 806	5 309	2 687	6 284	2 856	183 800	2015
38 149	9 641	1 871	5 290	2 525	6 234	2 798	188 006	2016
40 073	10 348	2 054	5 680	2 645	6 782	2 995	201 447	2017
44 253	11 162	2 250	6 077	2 938	7 599	3 261	220 316	2018
42 810	11 041	2 218	5 736	2 777	7 661	3 049	215 509	2019
70 047	16 475	3 312	10 704	5 632	11 766	5 824	331 940	2020
64 525	14 678	3 064	9 462	5 014	10 413	4 934	303 552	2021
49 627	11 663	2 213	5 989	3 036	7 866	3 066	237 504	2022
54 381	12 978	2 393	6 471	3 442	8 754	3 601	256 704	2023

14. Sparquote der privaten Haushalte seit 1991 nach Bundesländern

Jahr	Baden- Württemberg	Bayern	Berlin	Branden- burg	Bremen	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen
Sparquote¹⁾ der privaten Haushalte in %									
1991	14,8	14,8	12,8	7,5	12,6	14,0	14,8	6,8	13,8
1992	14,5	14,6	12,9	9,2	12,3	13,6	14,6	8,7	13,5
1993	13,6	13,9	12,7	10,3	11,8	12,9	13,7	9,6	12,7
1994	12,9	13,2	12,1	10,3	11,3	12,2	13,1	10,0	12,1
1995	12,5	12,8	11,5	10,0	10,6	12,0	13,0	9,8	11,6
1996	12,2	12,6	11,0	9,9	9,4	11,0	12,4	9,5	11,4
1997	11,7	12,2	10,6	9,7	8,4	10,7	11,9	8,9	10,8
1998	11,6	11,8	10,4	10,0	9,1	10,4	11,6	9,1	10,4
1999	11,0	11,1	9,5	9,1	8,2	9,8	10,9	8,4	9,8
2000	10,7	10,8	8,6	7,8	7,6	9,8	10,7	6,8	9,1
2001	11,5	11,5	9,1	8,8	8,3	10,7	11,5	7,6	9,7
2002	11,6	11,5	8,9	8,3	7,6	10,7	11,4	7,4	9,6
2003	11,9	11,8	9,2	8,4	8,8	10,8	11,6	7,7	10,0
2004	11,9	11,8	9,3	9,1	8,2	10,4	11,6	8,1	10,1
2005	12,0	11,8	9,2	9,1	7,6	10,1	11,6	7,8	9,8
2006	12,0	11,9	9,4	9,3	7,6	10,4	11,8	7,9	9,7
2007	12,2	12,1	9,3	9,4	7,9	10,5	12,0	7,7	9,7
2008	12,5	12,3	9,4	10,1	7,9	11,1	11,9	8,0	9,8
2009	11,9	11,7	8,7	9,5	7,6	10,8	11,5	7,6	9,4
2010	11,8	11,7	8,6	9,5	8,0	10,9	11,4	7,4	9,4
2011	11,6	11,5	8,4	9,2	7,4	10,3	11,2	7,0	9,2
2012	11,4	11,2	7,8	8,6	6,9	9,6	11,1	6,3	8,9
2013	11,1	10,9	7,4	8,0	6,5	9,2	10,7	5,5	8,7
2014	11,9	11,5	8,0	8,2	6,8	9,7	11,1	6,0	9,2
2015	12,1	11,7	8,6	8,4	6,4	10,2	11,2	6,3	9,3
2016	11,9	11,5	8,8	8,4	7,4	10,8	11,1	6,7	9,0
2017	12,4	11,9	9,4	8,7	7,9	11,3	11,6	6,9	9,2
2018	13,0	12,6	10,4	9,0	8,5	11,8	11,8	6,9	9,8
2019	12,5	12,0	10,2	8,6	7,8	11,0	11,5	6,3	9,4
2020	17,5	17,7	16,2	14,7	12,5	15,9	16,7	11,7	15,4
2021	15,8	15,9	14,5	12,5	10,6	14,8	14,6	9,9	13,5
2022	11,9	12,1	11,6	8,4	6,4	10,4	11,0	5,9	9,7
2023	11,9	11,9	11,2	8,5	6,5	10,4	11,3	6,5	9,8

1) Die Relation aus dem Sparen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und dem Verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2025.

Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz	Saarland	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schleswig- Holstein	Thüringen	Deutschland	Jahr
-------------------------	---------------------	----------	---------	--------------------	------------------------	-----------	-------------	------

Sparquote¹⁾ der privaten Haushalte in %

14,0	14,3	12,8	6,9	6,8	14,1	7,0	13,5	1991
13,6	14,1	12,3	8,5	8,5	14,0	8,5	13,4	1992
12,9	12,9	11,2	9,5	9,5	13,0	9,6	12,8	1993
12,2	12,1	10,5	9,7	9,6	12,6	9,5	12,2	1994
11,8	11,7	10,3	9,6	9,3	12,2	9,2	11,8	1995
11,2	11,3	9,3	9,2	9,2	11,6	9,0	11,4	1996
10,8	11,1	8,8	8,7	8,5	11,1	8,6	11,0	1997
10,6	10,9	9,3	9,2	9,0	10,9	9,3	10,8	1998
9,9	10,2	8,7	8,4	8,3	10,4	8,6	10,1	1999
9,4	9,9	8,0	6,8	6,6	10,2	7,1	9,6	2000
10,1	10,5	8,9	7,6	7,6	10,6	8,0	10,3	2001
10,0	10,3	8,7	7,2	7,2	10,5	7,7	10,2	2002
10,4	10,9	8,9	7,6	7,6	10,7	7,6	10,5	2003
10,3	10,9	8,9	8,1	7,9	10,6	8,1	10,5	2004
10,4	10,7	9,0	7,9	7,9	10,5	8,1	10,5	2005
10,4	11,0	9,0	8,1	8,0	10,8	8,2	10,6	2006
10,4	11,0	8,9	8,1	8,0	10,5	8,3	10,7	2007
10,6	11,3	9,5	8,5	8,3	11,0	8,9	10,9	2008
10,0	10,7	9,2	7,7	7,7	10,5	8,1	10,4	2009
9,9	10,9	9,2	7,5	7,6	10,3	8,0	10,3	2010
9,5	10,7	9,0	7,1	7,2	10,1	7,9	10,1	2011
9,3	10,3	8,5	6,6	6,6	9,7	7,4	9,7	2012
8,7	9,9	8,1	6,3	6,4	9,2	6,8	9,3	2013
9,2	10,3	8,5	6,7	6,5	9,9	7,1	9,9	2014
9,4	10,4	8,7	6,7	6,4	9,7	7,0	10,0	2015
9,6	10,4	8,8	6,5	5,9	9,4	6,6	10,0	2016
9,7	10,9	9,4	6,7	5,9	9,7	6,9	10,3	2017
10,4	11,3	10,0	6,9	6,4	10,5	7,2	10,9	2018
9,8	10,9	9,5	6,4	5,9	10,3	6,6	10,4	2019
15,9	16,2	14,5	11,7	11,6	15,7	12,3	16,0	2020
14,2	14,1	13,1	10,1	10,1	13,4	10,1	14,2	2021
10,2	10,4	8,8	6,0	5,7	9,3	5,8	10,3	2022
10,5	10,8	9,0	6,1	6,2	9,8	6,5	10,4	2023

Verwaltungsgliederung in Deutschland

Bundesländer, Regierungsbezirke bzw. Statistische Regionen, Kreise (Gebietsstand 2025)

